

1 Wissenschaft und Theorien Internationaler Beziehungen

1.1 Zur Geschichte der Wissenschaft

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Internationalen Beziehungen wird meist als recht junger Zweig der Politikwissenschaft bezeichnet. In der Bundesrepublik etablierte sich die politikwissenschaftliche Forschung und Lehre über die Internationalen Beziehungen erst Ende der 1960er Jahre. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themenbereich der internationalen Politik reicht allerdings weiter zurück. Als akademisches Feld ist die Auseinandersetzung mit Grundfragen Internationaler Beziehungen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden und, vor dem Hintergrund der verheerenden Zerstörungen und traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, vor allem als Friedenserforschung verstanden worden. Bereits während der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919 vereinbarten die Teilnehmer die Gründung wissenschaftlicher Institute zur genaueren Erforschung von Kriegsursachen. An mehreren Universitäten, vor allem in den USA und Großbritannien, wurden in der Folgezeit Forschungseinheiten für internationale Politik eingerichtet, die sich, oft als Teilgebiet von oder in Überschneidung mit historischer und rechtswissenschaftlicher Forschung, der genaueren Analyse von Themen wie Friedenserhaltung und Sicherheitspolitik widmen sollten. Deshalb wird das Lehrgebiet der internationalen Beziehungen auch als „ein Kind des 1. Weltkriegs“ bezeichnet (vgl. Meyers 1994: 230). Dabei basierte die Forschung im Kern auf zwei Traditionen, dem Völkerrecht und der Diplomatiegeschichte. Noch heute stellt an vielen europäischen Universitäten das Völkerrecht bzw. das internationale Recht (International Law) einen Schwerpunkt der Forschung und Lehre im Bereich der Internationalen Beziehungen dar. Die Diplomatiegeschichte besitzt vor allem in Großbritannien mit einigen herausragenden Forschungsarbeiten zur Geschichte von Kriegen eine lange Tradition.

Die sprunghafte Zunahme neuer Forschungsinstitute und universitärer Einrichtungen nach 1945 sowohl in europäischen Ländern als auch in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern lassen sich vor allem auf die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen zurückführen. Die Ausbildung von außenpolitischen Fach- und Führungskräften wurde professionalisiert und hier übernahmen die Hochschulen eine wichtige Funktion. Dies gilt besonders für den angelsächsischen Raum, aber auch für andere westeuropäische Länder, wie z. B. Frankreich und Schweden. Die Verwissenschaftlichung der Ausbildung führte dazu, dass herkömmliche völkerrechtliche, staatswissenschaftliche oder diplomatiegeschichtliche Erklärungsansätze durch sozialwissenschaftlich fundierte Theorien ergänzt wurden, um die komplexer werdenden Strukturen und Probleme der Weltpolitik adäquater analysieren zu können. Internationale Politik profilierte sich als ein Schwerpunkt der akademischen Ausbildung und sie wurde nunmehr vor allem in der Politikwissenschaft verortet.

In Deutschland erfolgte diese Entwicklung mit erheblicher Zeitverzögerung. Eine erste, allerdings nur kurze Phase wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Problemen der internationalen Politik hatte bereits in der Weimarer Republik stattgefunden. Die während der 1920er Jahre gegründete Deutsche Hochschule für Politik (DHfP) übernahm dabei eine Leitfunktion. Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 unterbrach diese erste Phase wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit internationaler Politik, da Hochschulen „gleichgeschaltet“, kritische Forscher ausgeschlossen und die Ausbildung der nationalsozialistischen Ideologie untergeordnet wurden. Durch die erzwungene Emigration oder Ermordung jüdischer Wissenschaftler entstand ein intellektuelles Vakuum, das von der jähen Unterbrechung intellektueller Traditionen und forschender Diskurse gekennzeichnet war. Nach dem 2. Weltkrieg konnte sich Deutschland erst langsam als Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft wieder restituieren und musste seine akademische Forschungstradition erst wieder neu entwickeln.

Internationale Politik besaß zum einen als Politik- und Handlungsfeld während der Nachkriegszeit nur eine untergeordnete Bedeutung, denn die Bundesrepublik war aufgrund der zunächst eingeschränkten staatlichen Souveränität durch Alliiertenvorbehalt und die internationale Diskreditierung durch die nationalsozialistische Herrschaft nur ein marginaler Akteur in der internationalen Politik. Hinzu kam die Teilung Deutschlands mit der Polarisierung von West und Ost im Zuge der Systemauseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die für die deutsche Außenpolitik einen engen Handlungsrahmen setzte. Zum anderen musste das Fach einer modernen Politikwissenschaft überhaupt erst aufgebaut werden, da die Staats- und Völkerrechtslehre, sofern sie in den 1930er Jahren fortgeführt wurde, in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestellt und dadurch diskreditiert worden war. Die verbliebenen, rudimentären Wissensgebiete wurden in der sich erneuernden, sozialwissenschaftlich ausgerichteten Politischen Wissenschaft verankert. Nachhaltig durch englischsprachige Forschungsarbeiten beeinflusst, kann dann von einem eigenständigen Aufbau des Lehr- und Forschungsbereichs der Internationalen Beziehungen in der Politikwissenschaft erst seit Ende der 1960er Jahre gesprochen werden. Institutionell etablierte sich dieser Bereich als integraler Bestandteil der Politikwissenschaft; eine eigenständige fachliche und institutionelle Verankerung, wie sie teilweise in den USA gepflegt wird, hat sich an den Universitäten der Bundesrepublik nicht durchsetzen können.

Seit Anfang der 1970er Jahre fächerte sich das Feld der Internationalen Beziehungen unter dem Einfluss pluraler wissenschaftlicher Ansätze stark auf. In dieser Zeit wurden auch eine Reihe von Instituten und Organisationen ins Leben gerufen, wie beispielsweise die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen (heute in Berlin), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, und die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) bildete sich schließlich auch eine Sektion Internationale Politik, die sich dem Wissenschaftsdiskurs und der Nachwuchsförderung widmete (vgl. z. B. Meyers 1994). Noch bis in die 1970er Jahre hinein blieb die Disziplin der Internationalen Beziehungen nach einem Wort des in Harvard lehrenden Politologen Stanley Hoffmann allerdings „eine amerikanische Sozialwissenschaft“ (Hoffmann 1975: 39). Dies hat sich jedoch grundlegend gewandelt. Der in Berlin lehrende Politikwissenschaftler Michael Zürn (2003) hebt beispielsweise hervor, dass die deutsche Forschung in den Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts deutliche Fortschritte gemacht habe. Sie habe innerhalb der Politik- und Sozialwissenschaft insgesamt an Bedeutung gewonnen und sich durch eigene Beiträge zur theoretischen Entwicklung der Disziplin gegenüber der angelsächsischen Forschung emanzipiert. Zwar spielt der englischsprachige Wissenschaftsdiskurs

gerade in diesem Teilbereich der Politischen Wissenschaft eine herausragende Rolle. In der Theorieentwicklung sowie in der empirischen Forschung bildeten sich in der Bundesrepublik aber eigenständige Forschungsansätze heraus, teilweise gefördert von neuen Forschungszentren, die dem Feld im internationalen Vergleich ein eigenes Profil verleihen. Dies gilt beispielsweise für die Friedens- und Konfliktforschung, die EU-Forschung oder die Forschung über internationale Organisationen und transnationale Politik (vgl. Schimmelfennig 2010).

Die „großen Debatten“ über theoretische Orientierungen wurden in der Bundesrepublik zunächst von der angelsächsischen Literatur angestoßen (Schmidt 2002). Die wesentlich breiter gefächerte Forschungslandschaft in Großbritannien oder den USA fungierte als Referenzrahmen sowie als kritisches Korrektiv und Impulsgeber für Neuerungen im Feld, wie beispielsweise die Diskussion um die Bedeutung von „gender“ (Geschlechterverhältnisse) in der internationalen Politik zeigt. Diese wurde zuerst in Großbritannien, den USA und Kanada geführt, bis sie schließlich auch in Deutschland aufgenommen wurde. Auch der inzwischen breit aufgefächerte Konstruktivismus in der Analyse Internationaler Beziehungen hatte zunächst seinen Ursprung im angelsächsischen Raum, bevor er in Deutschland, vor allem unter dem Eindruck der Kommunikations- und Diskurstheorie der politischen Philosophie von Jürgen Habermas, weiterentwickelt wurde. Konstruktivistische Ansätze gehören inzwischen auch in Deutschland zu den einflussreichsten neueren Theoriekonzepten.

Konzeptionell ist es sinnvoll davon auszugehen, dass die internationalen Beziehungen auf *Interaktionen von verschiedenen Akteuren* beruhen, die mit sozialwissenschaftlichen Theorien und Methoden analysiert werden können. Die Begriffe „internationale Beziehungen“ und „internationale Politik“, die von einigen Autoren sinngleich verwendet werden, sollten als Charakterisierung für den Forschungsgegenstand zunächst differenziert werden. „Der Begriff der internationalen Politik bezieht sich auf die Interaktionsprozesse, die zwischen mindestens zwei (i. d. R. staatlichen, gelegentlich auch sonstigen den Status eines Völkerrechtssubjekts beanspruchenden) Akteuren in deren internationaler Umgebung stattfinden. Die Untersuchung der internationalen Politik begreift die einzelnen Handlungen jeder dieser Akteure allein als (Teil-)Aspekte eines größeren Aktionsmusters, das über den definierbaren Zeitraum hinweg durch regelmäßig sich wiederholende oder zumindest den Grundzügen nach vergleichbare Akteurshandlungen konstituiert wird und häufig durch ein Aktions-Reaktions-Schema geprägt ist. Entscheidendes Kriterium für die Subsumtion von Akteurshandlungen unter dem Begriff der internationalen Politik ist deren Orientierung auf einen wie auch immer definierten politischen Gehalt.“ (Meyers 1994: 227) Der Begriff „internationale Politik“ bezeichnet daher meist intentionales, von Interessen und Identitäten gesteuertes politisches Handeln, etwa im Rahmen der Außenpolitik eines Landes gegenüber einem anderen Staat oder gegenüber internationalen Organisationen. Der Begriff „internationale Beziehungen“ ist demgegenüber im Allgemeinen meist weiter gefasst: „Er bezieht sich auf alle grenzüberschreitenden Aktionen und Interaktionen, die zwischen unterschiedlichen internationalen Akteuren, seien es nun internationale Organisationen, Staaten, gesellschaftliche Gruppierungen, Individuen oder juristische Personen, stattfinden können. Außerdem erstreckt er sich auf die Interaktionsmuster, die aus derartigen Interaktionen über einen bestimmten Zeitraum hinweg entstehen.“ (Meyers 1994: 228)

Internationale Beziehungen stellen nach dieser Begriffsdefinition also ein *Beziehungsgeflecht aller grenzüberschreitenden Interaktionen* dar. Dabei werden sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure einbezogen, was angesichts der rasch zunehmenden Bedeutung von nichtstaatlichen Organisationen im internationalen Rahmen eine sinnvolle Erweiterung des

Gegenstandsbereichs darstellt. Der weiter gefasste Begriff der Internationalen Beziehungen nimmt also nicht nur das zwischenstaatliche Handeln in den Blick, sondern eröffnet ein breiteres Spektrum von Untersuchungsfeldern für die Analyse. Dazu gehören beispielsweise auch gesellschaftliche Akteure, die keinen völkerrechtlichen Status besitzen und solche, die innerhalb, zwischen oder über nationalstaatliche Grenzen hinweg tätig sind, wie die in jüngerer Zeit wichtiger gewordenen nichtstaatlichen, internationalen Organisationen (NGOs oder Non-Governmental Organizations). In Anlehnung an den im englischsprachigen Raum verbreiteten Terminus „International Relations“ ist es daher auch in der deutschsprachigen Literatur üblich geworden, den Begriff „internationale Beziehungen“ für die Analyse internationaler politischer Probleme, Strukturen und Interaktionsformen zu verwenden.

Literatur

Hoffmann, Stanley: „Probleme der Theoriebildung“, in: H. Haftendorn (Hg.): Theorien der internationalen Politik, Hamburg 1975, S. 39–49

Knapp, Manfred/Gert Krell: Einführung in die internationale Politik, München/Wien 2004

Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2009

Meyers, Reinhard: „Internationale Beziehungen als akademische Disziplin“, in: Andreas Boeckh (Hg.): Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 231–241

Schimmelfennig, Frank: Internationale Politik, 2. Aufl. Stuttgart 2010

Schmidt, Brian C.: „On the History and Historiography of International Relations“, in: Carlsnaes, Walter/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hg.): Handbook of International Relations, London 2002, S. 3–22

Zürn, Michael: „Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989“, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden 2003, S. 21–46

1.2 Was heißt Theorie der Internationalen Beziehungen?

Theorien dienen in der Regel als analytischer Bezugsrahmen für wissenschaftliche Untersuchungen. Sie folgen bestimmten Erkenntnisinteressen, die nach dem aktuellen Wissenschaftsverständnis reflektiert und dargelegt werden sollen. Wird keine geschlossene Theorie verwendet, so können theoretische Ansätze und Modelle herangezogen werden, um eine Untersuchung oder Analyse durchzuführen. Allgemein wird in den Sozialwissenschaften davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Untersuchungen, die von Theorien geleitet werden, nicht nur neue wissenschaftliche Erkenntnisse produzieren, sondern auch eine Orientierung in der Welt ermöglichen, Handlungsalternativen aufzeigen und gegebenenfalls eine Grundlage für politisches Handeln bilden. Hierfür ist es entscheidend, dass Fragestellung und Politikbegriff präzise entwickelt und kritisch reflektiert werden. Gegenüber „großen Theorien“ oder so genannten Meta-Erzählungen ist in der Sozialwissenschaft dabei oft eine größere Zurückhaltung festzustellen. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bevorzugen Theorien mittlerer Reichweite, die ein bestimmtes Problem, einen Teilausschnitt internationaler Beziehungen oder eine spezifische Fragestellung erfassen sollen, und nicht versuchen, das System als ganzes zu beschreiben oder zu erklären.

Die Theoriebildung im Feld der Internationalen Beziehungen erfüllt meist mehrere Funktionen, wie in der Sozialwissenschaft generell üblich. Zu ihrer *heuristischen* Funktion gehört, dass die Komplexität der Realität reduziert und die Vielfalt der Evidenz nach Relevanzkriterien hierarchisiert wird. Dies geschieht in der Regel dadurch, dass die Bedeutung einer zentralen Forschungsfragestellung entwickelt und daraus verschiedene Teilfragen abgeleitet werden. Eine weitere Aufgabe der Theoriebildung ist die *operative* Funktion, d. h. sie soll forschungsanleitend und in einen Forschungsprozess umsetzbar sein. Je komplexer die Theorie, desto schwieriger kann es werden, die einzelnen Forschungsschritte zu operationalisieren. Die Eingangsqualifikationen für den Nachvollzug der Theoriebildung werden durch sehr komplexe Theorieansätze oder spezialisierte Forschungsmethoden relativ hoch angesetzt; für diesen Fall ist eine entsprechende Qualifizierungs- bzw. Ausbildungsphase vorzusehen. Eine weitere Funktion kann im *legitimatorischen* Charakter von Theorie bestehen, indem mit der Theoriebildung politisches Handeln begründet wird. Dabei ist der Kontext entscheidend, in dem diese Funktion ausgeübt wird, und gutes wissenschaftliches Arbeiten hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit Forschung unabhängig von politischer Einflussnahme durchgeführt werden kann und der legitimatorische Aspekt von Theoriebildung reflektiert wird. Gerade in den Internationalen Beziehungen wird häufig angestrebt, politische Entscheidungen vorzubereiten, zu beeinflussen oder kritisch zu begleiten. Daher sollte abschließend die *kritische* Funktion von Theoriebildung erwähnt werden. Im Unterschied zum Alltagsgeschäft der Politik sollen Theorien dazu beitragen, Zusammenhänge aufzuzeigen, Hintergründe zu analysieren und alternative Entscheidungsoptionen zu erörtern. Insofern können Theorien im Schnittbereich zur Praxis auch Perspektiven zur Veränderung gesellschaftlicher Zustände aufzeigen.

Als Teilbereich der Politischen Wissenschaft arbeiten Studien über Internationale Beziehungen in der Regel mit *sozialwissenschaftlichen Methoden*. Welche Methoden angewandt werden, hängt zum einen vom theoretischen Rahmen ab, der zugrunde gelegt wird, und zum anderen von der Fragestellung der Untersuchung. So kann eine Untersuchung beispielsweise methodisch komparativ angelegt sein oder auf einer Einzelfallstudie beruhen. Jedes Forschungsverfahren setzt ein bestimmtes Erkenntnisinteresse voraus, das auf Basis der Fragestellung über das Forschungsdesign und die Auswahl der Methoden, einschließlich der Anlage von empirischen Untersuchungen, entscheidet. Das Erkenntnisinteresse sollte ebenso offen gelegt werden, wie der größere theoretische Zusammenhang, in dem das Problem steht.

Empirische Forschungsmethoden in der internationalen Politik unterscheiden sich grob in quantitative und qualitative Methoden. Soll ein größerer Datensatz zur Analyse eines Problems herangezogen werden, oder sind sozialstatistische Analysen erforderlich, so werden in der Regel quantitative Methoden verwandt. Unter den qualitativen Methoden haben sich im Bereich der Analyse Internationaler Beziehungen vor allem Interviews, Diskurs- und Inhaltsanalysen sowie Fallstudien sehr bewährt, die auch mit quantitativen Methoden kombiniert werden können.

1.3 Grundbegriffe: Akteur und internationales System

Für die Analyse der Internationalen Beziehungen hat sich der *Dualismus von Akteur und System* als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Diese Unterscheidung bildet einen analytischen Bezugsrahmen neuerer Theorien Internationaler Beziehungen (Kegley/Blanton 2012).

Auf Basis dieser Unterscheidung lassen sich zwei große Denkschulen unterscheiden, nach denen Akteure entweder Interessen geleitet sind und nach Nutzenmaximierungsgesichtspunkten entscheiden, oder indem ihre Aktionen von Werten und Normen geleitet werden.

Der Begriff *Akteur* kann sich in der internationalen Politik auf Nationalstaaten, gesellschaftliche und nichtstaatliche Gruppen und auf Entscheidungsträger, also Individuen beziehen, die im internationalen Raum agieren. Werden internationale Beziehungen als soziale Interaktion verstanden, dann können sie, ähnlich wie soziales Handeln in anderen Bereichen, als Beziehungsverhältnis mit konkret handelnden Akteuren analysiert werden. Mit der Fokussierung von Akteuren wird dem sozialwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse im Feld der Internationalen Beziehungen Rechnung getragen, Handlungen, Interessen und Normen in der internationalen Politik analysieren zu können.

Die Frage, welcher Akteur bzw. welche Akteure als analytisch relevant gelten, wird von theoretischen Vorannahmen bestimmt. So betrachten neo-realistische oder intergouvernementalistische Theorieansätze die Nationalstaaten als zentrale Akteure, während der liberale Institutionalismus darüber hinaus greift und von einer Pluralität der Akteure ausgeht. Diesem Herangehen kann die Auffassung zugrunde liegen, dass internationales Handeln und Verhalten im internationalen System als wert- und normorientiertes Handeln zu begreifen ist. So wird beispielsweise bei der Frage von Menschenrechten eine Vielzahl von Akteuren einbezogen und die Umsetzung und Einhaltung von Normen (*compliance*) als norm- und wertgeleitet begriffen. In anderen Theorien herrscht die Annahme vor, dass Akteure rational, zweckgebunden handeln, wobei als Zweck der eigene Nutzen, etwa bei der Gewährleistung von Sicherheit eines Landes oder einer Gruppe, angenommen wird. Diese rationalistische, auf Kosten-Nutzen-Erwägungen beruhende Annahme wird insbesondere von „*rational choice*“-Ansätzen vertreten. In der Sozialkonstruktivismus-Rationalismus-Debatte werden diese beiden Ansätze oft als sich gegenseitig ausschließende Modelle begriffen. Mit dem Wandel des Menschenbildes und unter dem Einfluss sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden wird allerdings in der Regel eine differenziertere, kontextbezogene Sicht auf die Akteurs-Ebene der internationalen Politik präferiert und neuere Untersuchungen sind bestrebt, diese beiden Sichtweisen miteinander zu verbinden (Risse 2003). Politisches Handeln kann danach sowohl auf Werte basiertem Handeln beruhen, als auch rationales Kalkül beinhalten.

Akteure sind als soziale Einheiten, Gruppen oder Organisationen in eine konkrete Umgebung eingebunden und damit Teil eines größeren politischen Umweltsystems. Generalisierende Aussagen über die allgemeine Natur von Akteuren, die jenseits von Raum, Zeit, kulturellem und regionalem Kontext gültig sein sollen, gelten heute als fragwürdig und sollten wissenschaftlich hinterfragt werden. Neuere Ansätze legen bei der Analyse von Akteuren mehr Gewicht auf differenzierende Identitätskategorien wie etwa Klasse, Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit, sowie Diskurse, in denen Ziele, Intentionen, Werte und Normen transportiert werden.

Theoriegeschichtlich betrachtet galten lange *Staaten* als die zentrale Analyseeinheit für die internationale Politik, weil sie die einzigen völkerrechtlich legitimierten Akteure darstellten. Nationalstaaten hatten daher eine vorrangige Bedeutung in den Internationalen Beziehungen, die lange Zeit unbestritten war. In staatszentrierten Theorien wird nach dem nationalen Interesse eines Staates, dem wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsstand, militärischen Kapazitäten und politischer Verfasstheit gefragt. In der neueren Literatur wird allerdings die

Frage, ob und inwiefern Staaten auch zukünftig die zentralen Akteure in der internationalen Politik sein werden, kontrovers diskutiert. Während für die einen Staaten aufgrund ihres völkerrechtlichen Status und ihrer Ressourcen, vor allem im wirtschaftlichen und militärischen Bereich, ihre Rolle als wichtigste Akteure in der Weltpolitik weiter spielen werden, heben andere Autoren hervor, dass internationale Organisationen, transnationale sowie nicht-staatliche, gesellschaftliche Akteure inzwischen so wichtig geworden sind, dass Nationalstaaten künftig lediglich eine Variable unter mehreren bilden.

Tatsächlich hat sich die Rolle und Funktion von Staaten in der sich rapide verändernden Umwelt stark gewandelt, so dass eine Fixierung auf Staaten in der Theoriebildung nicht mehr sinnvoll ist. Die insgesamt fast 200 Staaten der Welt werden weiterhin dominierende Akteure in der internationalen Politik bleiben. Um jedoch den eingangs beschriebenen Veränderungen in den Internationalen Beziehungen gerecht zu werden, ist es notwendig, Formen transnationaler Politik stärker zu berücksichtigen. Der Bedeutungszuwachs transnationaler Akteure im internationalen Normbildungsprozess und in politischen Entscheidungsfindungen, die Zunahme nicht-staatlicher Organisationen sowie die Entstehung supranationaler politischer Organisationen und regionaler Zusammenschlüsse unterlaufen den Anspruch von Staaten auf alleinige Souveränität in der Gestaltung ihrer auswärtigen Beziehungen als auch ihrer internen Angelegenheiten.

So wird beispielsweise die Umweltpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur von den Regierungen der Mitgliedsländer bestimmt, sondern ebenso von den Organen der EU, transnationalen Interessen- und Lobbygruppen sowie überregionalen Experten- und Bürgergruppen.

Auch unterhalb der Ebene des Nationalstaats muss mit Blick auf die Binnengesellschaft differenziert werden. Mit dem Begriff des *Nationalstaates* wird oft eine irreführende Gleichsetzung zwischen Staat und Nation nahe gelegt. Tatsächlich sind Staaten, die nur von einer Nation gebildet werden, die Ausnahme. Fast alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bestehen aus multiethnischen Gesellschaften, und es wird von den VN geschätzt, dass weltweit rund 170 Ethnien ohne eigenen Staat existieren, die einen Anspruch auf größere Selbstbestimmung und Autonomie erheben. Der Begriff des Nationalstaates erweist sich daher nicht nur als analytisch unscharf, sondern er entspricht auch nicht der politischen Realität. Viele Konflikte resultieren gerade aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht von Minderheitengruppen und dem staatlichen Anspruch auf nationale Einheit. Mit dem Staatsbegriff verändert sich daher auch der *Souveränitätsbegriff*. Er ist ein Grundbegriff des Völkerrechts, aber staatliche Macht und Unabhängigkeit hat sich durch die Einflussnahme von nicht-staatlichen Organisationen und die Weiterentwicklung des Völkergegewohnheitsrechtes verändert. Zugespitzt formuliert: „Der Souveränitätsbegriff ist also durch ein in sich differenziertes und gradualistisches Konzept von Einflussmöglichkeiten im und auf das internationale System abgelöst worden.“ (Seidelmann 1994: 494f.) So kann die internationale Gemeinschaft heute im extremsten Fall Minderheiten vor staatlicher Willkür durch äußere Intervention schützen.

Der *Wandel von Staatlichkeit* im internationalen System ist eines der wichtigsten neueren Forschungsgebiete in der internationalen Politik. Studien zeigen, dass sich die Funktion des Staates als zentraler Adressat und Fokus politischer Aktivitäten zu wandeln beginnt; zumindest in Fragen wie dem Klimawandel oder bei Migrationsprozessen ist der innenpolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht mehr ausschließlich in der Souveränität

und Entscheidungskompetenz von Staaten angesiedelt (vgl. Jachtenfuchs 2003; Zürn u. a. 2007). Regieren „jenseits der Staatlichkeit“ (Zürn 2005) ist heute daher ein wichtiges und aufschlussreiches Forschungsfeld, in dem *grenzüberschreitendes Regieren* mit Fragen nach der demokratischen Legitimität der sich im Raum jenseits des Staates herausbildenden neuen politischen Ordnungen verknüpft und – nach der Analyse der Friedensproblematik und der Erforschung von effektiven Steuerungskonzepten in internationalen Organisationen – nun als „dritte Phase“ in der Analyse von internationaler Politik bezeichnet wird (Wolf 2003: 412f.).

Mit der zunehmenden Verflechtung der Staaten in der Welt gewinnt der Begriff des *internationalen Systems* an Bedeutung. Er charakterisiert die Gesamtheit der Internationalen Beziehungen im sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Bereich. Daher lassen sich drei große Bereiche in der internationalen Politik unterscheiden: Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft. Letzterer Bereich beinhaltet dabei Menschenrechte und Freiheit.

Das internationale System umgreift nicht nur die Nationalstaaten in ihrer Beziehung zueinander, sondern auch die internationalen Organisationen sowie transnationale Akteure, wie z. B. multinationale Konzerne und internationale nicht-staatliche Organisationen. Je nach theoretischer Ausrichtung wird das internationale System entweder als vorausgesetzter Handlungsrahmen für Staaten und Akteure angesehen, oder es wird selbst als Variable der Verflechtung von Staaten betrachtet, also unterschieden zwischen dem internationalen System als unabhängige oder als abhängige Variable. Eine wichtige analytische Unterscheidung auf der Systemebene besteht darüber hinaus in der Frage, ob sich die Struktur des internationalen Systems ständig selbst reproduziert und darum relativ dauerhaft und fest gefügt ist (struktureller Ansatz), oder ob das System ein veränderbares Resultat politischer Interaktionen ist (akteursbezogener, pluralistischer Ansatz). Für die Analyse des internationalen Systems ist zudem relevant, welche Zusammenhänge als strukturbildend angesehen werden. Grob betrachtet können zwei Richtungen unterschieden werden. Während die eine Denkschule vom Primat der Ökonomie ausgeht (z. B. Dependenztheorien; Globalisierung), betrachtet die andere politische Prozesse als primär entscheidend (Interdependenztheorien; Konstruktivismus).

Ein Grundproblem der Beziehung zwischen Akteur und internationalem System besteht darin, dass das internationale System kein allgemein anerkanntes, politisch legitimes Machtzentrum aufweist. Damit unterscheidet es sich vom politischen Gemeinwesen innerhalb eines Landes, in dem der Staat über das „Monopol legitimer Gewalt“ (Max Weber) verfügt und damit in der Lage ist, Gesetze und andere Regeln mit Autorität durchzusetzen. Auch wenn die Vereinten Nationen über eine begrenzte Autorität zur Durchsetzung von Grundnormen wie Frieden und Sicherheit verfügen, existiert auf globaler Ebene weder ein Weltstaat noch eine Weltregierung. Durch die Entwicklung internationaler Normen und Regeln wurden daher schrittweise Regelwerke etabliert, die die Grenzen zwischenstaatlicher Gewaltausübung festlegen und der internationalen Gemeinschaft Gestaltungsmöglichkeiten in bestimmten Politikbereichen, wie etwa im Klimaschutz oder im Menschenrechtsbereich, geben sollen. Beispielsweise enthält die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich den Gedanken einer kollektiven, weltgesellschaftlichen Verantwortung für den Weltfrieden. Verschiedene Instrumente wie präventive Diplomatie, humanitäre Intervention, oder Schutztruppen (Blauhelme) sind diesem Ziel zugeordnet. In der wissenschaftlichen Forschung wird diese Spezifik der Internationalen Beziehungen auch mit dem Begriff *Governance* umschrieben. Governance bezeichnet in einer weiten Fassung die Gesamtheit der vielfältigen Regulationsformen gesellschaftlicher Sachverhalte bzw. die Herstellung oder Aufrechterhaltung politischer oder sozialer Ordnung (vgl. Benz 2010). In der internationalen Politik beinhaltet

der Begriff Governance Regelungsstrukturen, die ein „Regieren ohne Regierung“ meinen und nichthierarchische Steuerungsformen in verschiedenen globalen Politikbereichen umfassen. Angesichts der zunehmenden Verregelung und Verrechtlichung internationaler Beziehungen schlägt der Politikwissenschaftler Thomas Risse daher vor, staatliche und nicht-staatliche Steuerungs- und Regelungsformen zusammenzufassen. Die neuen Formen von Governance („new governance“) lassen sich a) über die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure, wie etwa Unternehmer, private Interessengruppen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Governance-Strukturen; und b) die Betonung nichthierarchischer Formen der Steuerung charakterisieren (Risse 2007). So lassen sich sowohl Internationale Organisationen, als auch öffentlich-private oder nicht-staatliche Partnerschaften und allgemeine Regelungswerke in der internationalen Politik analysieren.

Literatur

- Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, 2. Aufl., Wiesbaden 2010
- Jachtenfuchs, Markus: „Regieren jenseits der Staatlichkeit“, in: Hellmann, Gunther/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden 2003, S. 495–518
- Kegley, Charles W./Shannon L. Blanton: World Politics. Trends and Transformations 2011–12, 13. Aufl., Belmont 2012
- Risse, Thomas: „Global Governance und kommunikatives Handeln“, in: Peter Niesen/Benjamin Herborth: Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a. M. 2007, S. 57–86.
- Seidelmann, Reimund: „Souveränität“, in: Andreas Boeckh (Hg.): Internationale Beziehungen, Lexikon der Politik, hrsg. v. Dieter Nohlen, Bd. 6, München 1994, S. 493–495
- Wolf, Klaus Dieter: „Internationale Organisationen und grenzüberschreitendes Regieren“, in: Herfried Münkler (Hg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 412–446
- Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 2005
- Zürn, Michael/Andreas Hasenclever/Klaus Dieter Wolf (Hg.): Macht und Ohnmacht Internationaler Organisationen, Frankfurt/New York 2007

1.4 Der Machtbegriff in den Internationalen Beziehungen

Internationale Beziehungen sind in vielfältiger Weise durch Machtverhältnisse geprägt. Bereits in der Verwendung von Begrifflichkeiten, wie beispielsweise „Militärmacht“, „Supermacht“, „Wirtschaftsmacht“ oder „Zivilmacht“, kommt zum Ausdruck, wie sehr die internationalen Beziehungen durch die *Ubiquität von Macht* charakterisiert werden. Eine Schwierigkeit für die Analyse internationaler Politik besteht dabei in einer widersprüchlichen Struktur: Einerseits werden die Länder der Welt durch Machtbeziehungen beeinflusst bzw. sie beeinflussen sie selber, andererseits existiert kein legitimes Machtzentrum, so dass die Internationalen Beziehungen „chaotisch“ oder anarchisch, d. h. ohne Herrschaft, erscheinen. Die Anarchie in den internationalen Beziehungen unterscheidet diese von den politischen Verhältnissen in der Innenpolitik. Regelungsverfahren für politische Prozesse oder Probleme sind in der internationalen Politik daher auf zwischenstaatliche Übereinkünfte, wie völkerrechtliche

Verträge, angewiesen. Aufgrund der faktisch gegebenen ungleichen Machtverteilung zwischen Staaten und weltpolitischen Regionen, die ein Ergebnis historischer, ökonomischer und geopolitischer Entwicklungen ist, ist die Positionierung von Staaten bzw. Akteuren im weltpolitischen Machtgefüge daher eine wichtige politische und theoretische Frage. Daher nimmt der *Machtbegriff* eine zentrale Bedeutung in der Theoriebildung ein.

Das *klassische* sozialwissenschaftliche Machtkonzept geht auf Max Weber zurück. Weber bezeichnete Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“ (Weber 1956: 38) Weber verstand Macht als Bestandteil aller sozialen Beziehungen, wobei sie stets ein Verhältnis zwischen Ungleichen voraussetzt. Der Machtbegriff erscheint bei Weber allerdings als eine amorphe Kategorie, weshalb er selbst ihn als systematisch nicht zureichend begreift: „Der Begriff Macht ist soziologisch amorph. Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemanden in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen“, und Weber folgerte hieraus: „Der soziologische Begriff der ‚Herrschaft‘ muss daher ein präziserer sein und kann nur die Chance bedeuten: für einen Befehl Fügsamkeit zu finden.“ (Weber 1956: 38) Ausgehend von diesem Machtbegriff unterschied Weber drei Formen legitimer Herrschaft: legale, traditionale und charismatische Herrschaft, denen verschiedene Ausprägungen von Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht zugrunde liegen. Der Webersche Machtbegriff blieb damit offen für weitere theoretische Interpretationen.

Dem von Weber geprägten Ansatz, Macht als Willensdurchsetzung, bzw. Macht „über andere“ zu definieren, setzte beispielsweise Hannah Arendt einen kontextbezogenen, *interaktiven Machtbegriff* entgegen, der in jüngerer Zeit in der sozialwissenschaftlichen Literatur über internationale Beziehungen rezipiert wird. Macht ist nach Arendt zu verstehen als Fähigkeit, „mit anderen“ zu agieren. Auch für Arendt setzt Macht soziale Beziehungen voraus, aber sie beinhaltet nicht einfach Willensdurchsetzung, sondern soziale Prozesse der Kohäsion. „Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.“ (Arendt 1970: 45) Macht gehört nach Arendt zum Kern aller staatlichen Gemeinwesen. Sie bedarf jedoch der Legitimität; das bedeutet, dass diejenigen, die Macht ausüben, sich ihrer Autorität ständig vergewissern müssen. Macht, die nicht autorisiert ist, wird zur Gewalt. Gewalt kann zwar, als letzter Ausweg, im politischen Handeln mit einkalkuliert sein, so dass es so aussehen kann, als sei die Machtstruktur eine Vorbedingung für Gewaltausübung; dies ist jedoch nicht der Fall. Bei Arendt ist der Machtbegriff eher weit gefasst, während Gewalt auf einer engen, spezifischen Definition beruht. Arendts Begriff der Macht, der sich aus dem Verständnis des Politischen als Handlungsfähigkeit herleitet, wird auch als Alternative zu einem engen, strukturalistischen Machtbegriff betrachtet. Vor allem in der Debatte über die Universalität der Menschenrechte ist dieser Machtbegriff wieder aufgenommen worden (Isaac 1996).

Für *empirisch orientierte Machtanalysen* muss der Machtbegriff differenziert und operationalisiert werden, um ihn für Untersuchungen fruchtbar zu machen. Die Willensdurchsetzung, z. B. einer Regierung oder eines Staates, in der internationalen Politik kann als Ergebnis von Machtausübung interpretiert werden, die auf verschiedenen Machtmitteln oder -ressourcen beruht. Als ein zentrales Ergebnis empirischer Analysen lässt sich eine Ausdifferenzierung von Indikatoren der Macht notieren. Neben militärischer Macht sind weitere Parameter, wie

etwa technisch-wissenschaftliche Grundlagen, industrielle und finanzielle Leistungen einer Volkswirtschaft, Währung und Humankapital, die über den Einfluss von politischen Akteuren mitbestimmen. Auch Fähigkeiten der Diplomatie und des Verhandlungsgeschicks gelten inzwischen als Machtressource („soft power“).

Macht wird in der wissenschaftlichen Literatur als ein Oberbegriff für eine differenzierte Typologie unterschiedlicher Formen von Einfluss in der internationalen Politik verwendet. Eine heuristische *Kategorisierung* von Macht bietet eine amerikanische Studie an, die mindestens drei große Formen von Macht unterscheidet (vgl. Boulding 1989):

- *Macht als Drohung* („threat power“), die einen Einfluss auf andere ausübt, indem sie Überlegenheit ausdrückt und anderen gegenüber Zwangs- oder Drohmittel einsetzen kann. Diese Form der Macht kann in einer Unterordnung resultieren, sie kann aber auch zur Flucht aus der Machtbeziehung oder zu einer Gegendrohung führen;
- *Wirtschaftliche Macht* („economic power“), die aufgrund längerfristiger historischer Prozesse global oder regional zu ungleichen Machtverteilungen geführt hat, bzw. aufgrund von Ressourcen eine Gruppe oder ein Land begünstigt;
- *Integrative Macht* („integrative power“), die als legitim anerkannt ist und Loyalität beinhaltet. Diese Form der Macht ist relativ dauerhaft, wenn sie auf Kommunikation beruht und sich ihrer Legitimität versichert.

In der neueren Literatur bezeichnet der Machtbegriff also einen komplexen sozialen Zusammenhang, der auch empirisch überprüfbar sein soll. Michael Barnett und Raymond Duval (2005), die sich von einem einseitigen dominanten Machtbegriff abgrenzen, entwickeln beispielsweise ein vierdimensionales Machtkonzept für die Analyse Internationaler Beziehungen und unterscheiden: zwingende Macht, institutionelle Macht, strukturelle Macht und produktive Macht. Die Berücksichtigung dieser verschiedenen Formen der Machtausübung soll zum differenzierten Verständnis der internationalen Beziehungen beitragen und auch das Feld für empirische Untersuchungen öffnen.

Joseph S. Nye bringt den Begriff der Macht in einen Zusammenhang mit der Fähigkeit im internationalen Kontext eine führende Rolle zu übernehmen („leadership“). Er unterscheidet zunächst zwei Formen von Macht, die zwingende Macht („hard power“) und die auf Überzeugen beruhende, weiche Macht („soft power“) (Nye 2008). Während sich erstere vor allem auf militärische oder wirtschaftliche Überlegenheit und Strategien der Abschreckung, Drohungen oder auf harte Sanktionen stützt, beruht die weiche Macht auf der Fähigkeit, andere durch Vorbild oder Argumentation zu überzeugen; Informationsnetzwerke, Kulturaustausch und Sozialisation sind wichtige Grundlagen dieser Form der Macht. Am wirksamsten in der internationalen Politik, so Nye, sind jedoch Kombinationen von beiden Herangehensweisen. Diese Form der Macht, die situationsabhängig und flexibel eingesetzt wird, bezeichnet Nye als kluge Macht („smart power“). Der Begriff von „smart power“ wurde beispielsweise von der Obama Administration aufgegriffen, um einen Richtungswechsel in der Außenpolitik einzuleiten, in dem die Diplomatie wieder einen höheren Stellenwert erhalten sollte. So betonte die neu ins Amt gerufene US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton bei ihrem Amtsantritt, dass Überzeugen und diplomatische Verhandlungen in Kombination mit konsequenter Durchsetzungspolitik als Strategie der neuen Außenpolitik umgesetzt werden solle.

Die Verwendung des Machtbegriffs in der Analyse Internationaler Beziehungen ist immer wieder kritisch kommentiert und bearbeitet worden. Daher sollen schließlich zwei Theorieansätze vorgestellt werden, die den Machtbegriff an sich in Frage stellen. Ob Macht über-

haupt eine grundlegende Strukturkategorie ist, wird beispielsweise in *poststrukturalistischen* Arbeiten bezweifelt. Die britische Autorin Cynthia Weber (1995) geht beispielsweise davon aus, dass staatliche Macht im historischen Prozess durch soziale Praktiken konstruiert worden sei, um Herrschaft zu begründen. Sie argumentiert, dass Staatlichkeit mit ihrer klassischen Konzeption von Souveränität durch spezifische Konfigurationen von Macht und Wissen entstanden sei, um eben diese Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten (vgl. auch Burchill/Linklater 2009). Daher kann Macht nicht als „objektive“ wissenschaftliche Kategorie fungieren. Macht ist keine analytische Strukturkategorie der internationalen Politik, sondern entspringt einer diskursiven Praxis.

Auch *feministische* Forschungsansätze problematisieren den Machtbegriff. Die Politikwissenschaftlerin J. Ann Tickner (1992) zeigt beispielsweise auf, dass der in neorealistischen Arbeiten verwandte Macht- und Sicherheitsbegriff eine männlich geprägte Konstruktion darstellt, indem traditionelle männliche Attribute wie das rationale, strategische Kalkül und das Streben nach Macht als allgemeingültige Verhaltensmuster angenommen und unhinterfragt auf das Agieren von Staaten übertragen wurden. Für Tickner ist das Streben nach Macht kein Grundprinzip menschlicher Ordnung, sondern es stellt nach ihrer Auffassung vielmehr eine Ursache für viele Probleme der Internationalen Beziehungen dar. Erst Machtstreben habe zu einer ernsthaften Sicherheitsbedrohung in der Welt geführt, so Tickner, welche sich in militärischer Aufrüstung und sicherheitsgefährdenden Dominanzkulturen niederschlagen. Tickner plädiert für einen neuen Sicherheitsbegriff, bei dem andere, „weiblich“ geprägte Verhaltensmuster und Werte, wie das Bedürfnis nach Schutz, die Fähigkeit zur Verständigung und kollektive Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Macht sollte als „shared power“ verstanden werden, die zur Lösung von globalen Problemen beiträgt.

Literatur

Albrecht, Ulrich: Internationale Politik. Eine Einführung in das System internationaler Herrschaft, 5. Aufl., München, Wien 1998

Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, dt. München 1970

Barnett, Michael/Raymond Duvall: „Power in International Politics“, in: International Organization, Winter 2005, S. 39–75

Boulding, Kenneth: Three Faces of Power, Newbury Park Calif. 1989

Burchill, Scott/Andrew Linklater (Hg.): Theories of International Relations, 4. Aufl., London: 2009

Isaac, Jeffrey: „A New Guarantee on Earth. Hannah Arendt on Human Dignity and the Politics of Human Rights“, in: American Political Science Review, Nr. 1/1996, S. 61–73

Nye, Joseph S.: The Powers to Lead, Oxford 2008

Tickner, J. Ann: Gender and International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security, New York 1992

Weber, Cynthia: Simulating Sovereignty. Intervention, the State and Symbolic Exchange, Cambridge 1995

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1956

1.5 Theorierichtungen in der Analyse der Internationalen Beziehungen

Im Feld der Internationalen Beziehungen gibt es keine „große“, einheitliche Theorie; vielmehr unterscheidet man unterschiedliche Denkschulen und Theorierichtungen. In der angelsächsischen Literatur, die in Deutschland zunächst führend war, wird dabei häufig zwischen den zwei älteren Denkschulen des Realismus und Idealismus differenziert; neuere Theorierichtungen werden in der Regel in die zwei Grundrichtungen des Neo-Realismus und des liberalen Institutionalismus unterteilt; letzterem werden die Interdependenztheorie und die Regimetheorie zugeordnet. Neben diesen Grundströmungen werden eine Reihe weiterer, meist neuerer Ansätze genannt, wie konstruktivistische, postmoderne, „rational choice“, oder feministische Theorieansätze. Für Deutschland stellte die Berliner Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn bereits Ende der 1980er Jahre fest, dass es zwanzig verschiedene theoretische Konzepte in der Auseinandersetzung mit den Internationalen Beziehungen gäbe (Haftendorn 1990: 448). Als Hauptströmungen gelten in der deutschen Diskussion Realismus, Institutionalismus, Liberalismus, Feminismus und Konstruktivismus (Spindler/Schieder 2006). Manche Autoren fügen Transnationalismus hinzu (z. B. Schimmelfennig 2010), andere den Marxismus (z. B. Krell 2009).

In der theoretischen Diskussion wird dabei zwischen rationalistischen und norm- bzw. wertorientierten Ansätzen unterschieden. Rationalistische Theorien befassen sich mit den Interessen und Präferenzen von Akteuren, mit Kosten-Nutzen-Analysen und strategischen Überlegungen von Akteuren gegenüber dem internationalen System, während konstruktivistische Theorieansätze sich mit Normen und Werten, Identität und der Sozialisation durch internationale Organisationen beschäftigen und somit zu den norm- und wertorientierten Ansätzen zählen. Verschiedentlich wird in der Forschung auch für eine Verbindung dieser beiden erkenntnistheoretisch differierenden Herangehensweisen plädiert.

Die Klassifizierung unterschiedlicher Theorieansätze verdeutlicht, wie weit sich das Feld der Internationalen Beziehungen theoretisch, und in der Konsequenz auch methodisch, ausdifferenziert hat. Grundsätzlich kann also von einem *Theorienpluralismus* ausgegangen werden.

1.5.1 Theoretische Vorläufer

Will man den Beginn einer systematischeren Reflexion über die Beziehungen zwischen Staaten oder größeren politischen Gemeinschaften historisch verorten, so reichen die Ursprünge bis in die frühe Neuzeit und die Entstehung moderner Nationalstaaten zurück. Geistesgeschichtliche Wurzeln gehen bereits zurück auf die *staats-theoretischen* Abhandlungen des englischen Philosophen Thomas Hobbes (1588–1679) sowie auf die Philosophie des Liberalismus. Hobbes entwickelte in seiner Schrift „Leviathan“ den absolutistisch-aufgeklärten Gedanken eines „Sozialvertrags“, in dem der Staat seinen Untertanen im Gegenzug zur ihrer „Unterwerfung“ unter die staatliche Autorität ein sicheres Leben gewährleisten sollte. Sicherheit bestand vor allem im Schutz gegen äußere Feinde. Hierzu mussten die entstehenden modernen Staaten auch Ordnungs- und Verteidigungssysteme, wie z. B. Armeen, entwickeln. Diese Gedanken werden vor allem von Realisten und Neorealisten aufgegriffen, da sie bei Hobbes grundlegende Überlegungen zu der Frage entwickelt finden, wie moderne Staaten die Sicherheit ihrer Bürger nach außen durch das Souveränitätsprinzip gewährleisten

können. John Locke (1632–1704), einer der Hauptbegründer des politischen *Liberalismus*, gilt dagegen als Wegbereiter für die liberale Denkschule in den internationalen Beziehungen. Der Liberalismus entwarf das Bild von Gesellschaften selbstbestimmter Individuen, die im freien Austausch miteinander in Beziehung treten; souveräne Staaten, die in erster Linie an allgemeiner Wohlfahrt und Handel interessiert sind, tendieren dazu, ihre Konflikte friedlich und zum Wohle aller zu lösen. Der *Naturrechtsgedanke* der Aufklärung begründete darüber hinaus die Auffassung, dass Handel und Austausch zwischen Staaten frei und gleichberechtigt stattfinden solle und entsprechende rechtliche Vereinbarungen markieren den Beginn der Neuzeit. Im Völker- und Handelsrecht wird dabei auch auf Hugo Grotius (1583–1645) sowie Samuel Pufendorf (1632–1694) als zwei der wichtigsten theoretischen Vorläufer Bezug genommen.

In der deutschsprachigen Literatur über internationale Politik wird häufig auch Bezug genommen auf Immanuel Kant (1724–1804), der in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) bereits Überlegungen zur Überwindung der anarchischen Beziehungen zwischen Staaten durch vertragliche, *konstitutionelle Regelungen* und die Schaffung supranationaler Institutionen anstellte. Kant schlug beispielsweise die Errichtung eines Friedensbundes vor, eine Konzeption, die in jüngerer Zeit u. a. in der Menschenrechtsdiskussion sowie in der Friedensforschung wieder aufgegriffen wurde. Beeinflusst durch den politischen Liberalismus sowie Jean Jacques Rousseaus Konzept der politischen Gemeinschaft konzipierte Kant die Idee eines „Weltbürgerrechts“, das nicht national, sondern kosmopolitisch begründet war. „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein“, schrieb Kant in seinem „3. Definitivartikel zum ewigen Frieden“. Unter den klassischen Theorien ist schließlich auch die Arbeit von Karl Marx (1818–1883) zu nennen, der mit seiner monumentalen *Kapitalismusanalyse* und der These von der globalen Wertschöpfung des Kapitals von Weltsystem- und Dependenztheoretikern herangezogen wird.

Während der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass die internationale Politik primär auf das Ziel der Friedenssicherung ausgerichtet sein sollte. Diese Frühphase der Theoriebildung wird heute unter dem Begriff des *Idealismus* zusammengefasst (vgl. Meyers 1994). Der Idealismus bestand im Kern darin, über die Einrichtung internationaler Organisationen sowie die Weiterentwicklung des internationalen Rechts und der Diplomatie den Weltfrieden zu sichern. Der ehemalige amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der mit der Beendigung des Ersten Weltkriegs die Idee der Gründung eines Völkerbundes förderte, vertrat beispielsweise die Auffassung, dass die Welt durch eine globale demokratische Politik, die auch den kleineren Ländern das Selbstbestimmungsrecht einräumt, friedlicher gestaltet werden könne. Die Einrichtung einer internationalen Organisation, die nicht mehr primär an nationalen Interessen, sondern am übergeordneten Gedanken der Friedenssicherung ausgerichtet sein würde und in der alle Völker vertreten sein sollten, könne nach Wilson dazu beitragen, den Friedensgedanken zu stärken und abzusichern. Analog zum Gesellschaftsvertrag im politischen Gemeinwesen sollte sich auch die internationale Gemeinschaft an gemeinsamen Zielen orientieren und dementsprechend Strukturen kollektiver Sicherheit entwickeln.

Mit dem Friedensziel korrespondierte ein Menschenbild, das den Menschen in der Tradition der Aufklärung als vernunftbegabtes Wesen ansah. Individuelle Verantwortung zum Wohle des Ganzen sowie an den Idealen von Fortschritt, Gerechtigkeit und Frieden orientiertes Handeln galten als Grundbedingungen für die Schaffung einer friedlichen Weltgesellschaft. Befürwortet wurden zudem der freie Handel und der Austausch zwischen Staaten sowie die

Abschaffung von Geheimdiplomatie zugunsten einer offenen Politik gegenüber anderen Ländern. Mit dem Scheitern des Völkerbundes, dem Aufkommen faschistischer und nationalsozialistischer Regime in Italien, Spanien und Deutschland und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verlor die idealistische Schule jedoch an Einfluss.

Die in der Bundesrepublik entwickelten theoretischen Ansätze greifen in vielfältiger Weise auf die klassischen philosophisch-theoretischen Vorläufer zurück, wie etwa der von Ernst-Otto Czempiel und Mitarbeitern entwickelte liberale Institutionalismus oder die Berliner Friedensforschung um Ulrich Albrecht, welche sich auf die Schriften Immanuel Kants beziehen, oder aktuelle machtheoretisch-realistische Arbeiten über neue Kriege, etwa von Herfried Münkler, welche auf Ideen von Thomas Hobbes zurückgreifen.

Literatur

Brown, Chris: Understanding International Relations, 4. Aufl., Houndmills 2009

Gu, Xuewu: Theorien der Internationalen Beziehungen, München 2000

Haftendorn, Helga: „Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse“, in: Volker Rittberger (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21/1990, S. 448–493

Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnungen: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2009

Meyers, Reinhard: „Internationale Beziehungen als akademische Disziplin“, in: Boeckh, Internationale Beziehungen, 1994, S. 231–241

Schimmelfennig, Frank: Internationale Politik, Paderborn 2010

Spindler, Manuela/Siegfried Schieder (Hg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen 2006

1.5.2 Realismus, Neo-Realismus und Englische Schule

Die Theorie des *Realismus* der Internationalen Beziehungen löste nach dem Zweiten Weltkrieg die optimistische Sicht auf die Gestaltbarkeit des internationalen Systems ab, welche noch in der Zwischenkriegszeit dominierend war. Während die idealistische Denkschule danach fragte, wie die internationale Politik beschaffen sein sollte (normative Zukunftsorientierung), analysiert die realistische Denkschule die internationale Politik so, wie sie beschaffen ist (pragmatische Gegenwartsorientierung). Mit diesem Paradigmenwechsel einher ging eine intensivere Auseinandersetzung mit Machtbeziehungen in der internationalen Politik.

Einer der Hauptbegründer der „Realistischen Schule“ der Internationalen Beziehungen war der aus Deutschland emigrierte amerikanische Wissenschaftler Hans J. Morgenthau, der in den Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit zu einem ihrer einflussreichsten Theoretiker aufstieg. Morgenthau ging davon aus, dass sich die Welt in einem Zustand der Anarchie befinde, d. h. dass weder eine Zentralmacht noch eine allgemein akzeptierte politische Autorität existierten, die die Beziehungen zwischen Staaten regeln kann. Analog zum vorgeschaffungsvertraglichen Naturzustand – der „Krieg aller gegen alle“, nach Hobbes – folgerte Morgenthau hieraus, dass das nationale Interesse der Staaten primär darin bestehen müsse, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Dabei ging Morgenthau von einem Politikbegriff aus, der Macht als interessengeleitetes Handeln in den Mittelpunkt politischer Prozesse stellte.

Für Morgenthau ist internationale Politik „wie alle Politik, ein Kampf um die Macht. Wo immer die letzten Ziele der internationalen Politik liegen mögen, das unmittelbare Ziel ist stets die Macht.“ (Morgenthau 1963: 60) Der Webersche Machtbegriff hat daher in seinen Arbeiten einen zentralen Stellenwert. Morgenthau schreibt hierzu: „Wenn von Macht gesprochen wird, ist die Herrschaft von Menschen über das Denken und Handeln anderer Menschen gemeint. Unter politischer Macht verstehen wir die wechselseitigen Machtbeziehungen zwischen den Inhabern öffentlicher Gewalt und zwischen diesen einerseits und dem Volk andererseits.“ (Morgenthau 1963: 61) Im Kern ist der Begriff der internationalen Politik durch Machtbeziehungen gekennzeichnet. Daraus folgert Morgenthau: „Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein... Der Kampf um Macht hat universellen Charakter in Zeit und Raum und stellt eine unwiderlegliche Erfahrungstatsache dar.“ (Morgenthau 1963: 65) Die existenzielle Unsicherheit im menschlichen Daseinsempfinden erfordere den Machttrieb, so Morgenthau, schon aus Selbsterhaltungsgründen. Auf das Staatensystem übertragen bedeutet dies, dass jeder Staat ein maximales Interesse daran haben muss, die eigene Macht zu sichern und zu vergrößern, um die Existenz des Staates und damit die eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Morgenthaus Arbeiten beruhen auf einem pessimistischen Menschenbild, das sich vor allem in seiner Machtdefinition widerspiegelt. Dabei erscheinen die Annahme der Ubiquität von Machtkämpfen sowie das pessimistische Menschenbild auch zeithistorisch beeinflusst. Im Kontext der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, dem Holocaust und der aggressiven nationalsozialistischen Expansionspolitik sowie dem Versagen der großen Mächte, Nazi-Deutschland in seine Schranken zu weisen, ist Politik als Macht- und Überlebenskampf als „realistische“ Sichtweise nachvollziehbar. Ihre herausragende Popularität in den Vereinigten Staaten erlangten Morgenthaus Schriften allerdings vor dem Hintergrund des sich rasch verschärfenden Ost-Welt-Konflikts. Die Vereinigten Staaten traten erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Weltpolitik ein und suchten ihre durch den Kriegsausgang ergebene Position zu behaupten. Auch militärisch waren die Vereinigten Staaten zum „global player“ aufgestiegen – so verfügten sie unter anderem nun über Atomwaffen – und sowohl die militärischen als auch die geostrategischen Interessen erforderten eine gezielte Machtpolitik, um zur Sowjetunion und ihrer, vor allem von Stalin verfolgten, Politik der Machtausdehnung in Europa ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Mit dem Machtansatz Morgenthau bot sich die Möglichkeit, ein Konzept aufzugreifen, das dieses Potential theoretisch reflektierte und in der Polarisierung mit der Sowjetunion „realistische“ Einschätzungen zu liefern vermochte. Die Suche nach neuen, tragfähigen politischen Konzepten in der Außenpolitik während der Zeit des Kalten Krieges verlieh den Arbeiten von Morgenthau daher im amerikanischen Diskurs eine hegemoniale theoretische Position. Macht konnte nach Auffassung der Realisten vor allem durch militärische Mittel erhalten und vergrößert werden und nicht, wie die idealistische Schule annahm, primär durch den freien Handel und internationale Kooperation. Den internationalen Organisationen standen die Realisten grundsätzlich skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das Scheitern des Völkerbundes und die Schwäche der jüngst erst errichteten Vereinten Nationen schienen ihnen hierin Recht zu geben.

Die Grundauffassungen Morgenthaus gewannen immer mehr Anhänger und die realistische Denkschule in den Internationalen Beziehungen avancierte in den Vereinigten Staaten zur einflussreichsten Theorieströmung. Sie arbeitete mit dem von Morgenthau entwickelten Machtbegriff, der Macht als interessengeleitete Durchsetzung eines allgemeinen, menschlichen Machtstrebens verstand. In der Praxis wurde dieses Konzept auf die Beziehungen zur

Sowjetunion angewandt, die man durch weltpolitisches Machtstreben charakterisiert und daher als gefährlich ansah. Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten war zugleich Grundlage und Ergebnis des Realismus als beherrschendem Paradigma, welches über mehrere Jahrzehnte als Legitimationsbasis der amerikanischen Außenpolitik diente.

Prominenter Anhänger der „realistischen“ Denkschule in der praktischen Politik war beispielsweise George F. Kennan, Historiker und amerikanischer Diplomat, der unter anderem als Botschafter in der Sowjetunion tätig war, und der in einem berühmten Aufsatz in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ im Jahr 1947 die *Containment*-Politik (Eindämpfungspolitik) begründete. Kennan ging davon aus, dass die Sowjetunion danach streben würde, den Machteinfluss in Europa und anderen Regionen der Welt auszudehnen. Deshalb sollte die Außenpolitik der Vereinigten Staaten darauf ausgerichtet sein, den Einfluss der Sowjetunion mit allen Mitteln einzudämmen, eine Position die zum Grunddogma amerikanischer Außenpolitik in der Nachkriegszeit wurde. Bedeutende Persönlichkeiten, wie der von 1973 bis 1977 amtierende Außenminister Henry Kissinger, waren ebenfalls von der realistischen Denkschule in der Außenpolitik geprägt.

In der heutigen Theoriebildung üben Grundkonzepte der realistischen Denkschule immer noch einen bedeutenden Einfluss aus. Dies gilt besonders für die angelsächsischen Länder. Unter dem Begriff des *Neo-Realismus* werden verschiedene neuere Theorieansätze zusammengefasst, die sich ähnlich wie der Realismus als „große“, umfassende Theorie der Internationalen Beziehungen verstehen. Der Neo-Realismus knüpft an die realistische Vorstellung der zentralen Rolle von Nationalstaaten an. Er teilt auch die Annahme, dass internationale Beziehungen nicht primär durch Kooperation sondern vielmehr durch Anarchie, Konflikte und Konkurrenz geprägt werden. Anders als der klassische Realismus sieht der Neo-Realismus allerdings wirtschaftliche Interessen als gleichrangig neben militärischen Sicherheitsinteressen an. In der Außenwirtschaftspolitik befürworten Neorealisten eine primär an der nationalen Volkswirtschaft orientierte Politik, die, falls notwendig, Protektionismus und Regierungsintervention einschließen kann. Die von Morgenthau zugrunde gelegten anthropologischen Annahmen über die Natur des Menschen werden dabei jedoch nicht mehr geteilt; vielmehr setzt der Neo-Realismus auf der Ebene des internationalen Systems an. Daher kann der Neo-Realismus auch als „struktureller Realismus“ bezeichnet werden. Die Nationalstaaten streben nach Machtzuwachs, jedoch im Rahmen der Möglichkeiten, die das internationale System zulässt. Da dieses als Begrenzung der Handlungsoptionen aufgefasst wird, kann die Macht eines Staates nur relativ zu anderen ausgebaut werden. Kenneth Waltz, der wohl prominenteste Vertreter des Neo-Realismus, schreibt dazu: „International structure emerges from the interaction of states and then constrains them from taking certain actions while propelling them towards others.“ (Waltz 1979) Während der Realismus davon ausging, dass das staatliche Machtstreben den Machtpotentialen entsprechend ausgestaltet werden müsse, betonten Neo-Realisten den Rahmen, der für die Handlungsoptionen durch das internationale System gesetzt werde.

Das Bild der Internationalen Beziehungen im Neo-Realismus entspricht dem *Billardkugel-Modell*, in dem alle Staaten unabhängig voneinander agieren und sich gegenseitig behindern oder ausstechen können. Aufgrund der anarchischen Struktur der Weltpolitik und der daraus resultierenden Unsicherheit ist kooperatives politisches Verhalten nicht selbstverständlich. Nach Auffassung der Neo-Realisten handeln Staaten vielmehr nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip. „When faced with the possibility of cooperating for mutual gains, states that feel insecure must ask how the gain will be divided. They are compelled to ask not ‘Will both of

us gain?’ but ‘Who will gain more?’ If an expected gain is to be divided, say, in the ratio of two to one, one state may use its disproportionate gain to implement a policy intended to damage or destroy the other. Even the prospect of large absolute gains for both parties does not elicit their cooperation so long as each fears how the other will use its increased capabilities.“ (Waltz 1979) Die Internationalen Beziehungen stellen sich demnach als ein Nullsummenspiel dar, denn was eine Partei gewinnt, verliert eine andere. Vor diesem Hintergrund werden die Möglichkeiten zur internationalen Kooperation eher als gering eingeschätzt.

Spätestens seit Ende der 1960er Jahre begannen sich einige Ansätze der Internationalen Beziehungen bewusst vom realistischen Paradigma abzugrenzen. Kritisiert wurde beispielsweise, dass die realistische Denkschule nicht erklären könne, warum Staaten partiell zur Aufgabe von Souveränität zugunsten einer institutionell verankerten Kooperation bereit seien. So ließen sich beispielsweise die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 und die Bildung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1957 (Römische Verträge) nicht mit dem realistischen Ansatz erklären. Wenn Staaten von einem quasi naturgegebenen Machttrieb geleitet werden, warum und unter welchen Bedingungen sind sie bereit, freiwillig nationalstaatliche Macht zu transferieren? Verfügen gemeinschaftliche Institutionen über Problemlösungskapazitäten, die im nationalstaatlichen Kontext nicht erzielt werden können? Unter bestimmten Voraussetzungen war daher der Transfer von Souveränität denkbar.

Zudem war die realistische Theorie nicht geeignet, um sich widersprechende außenpolitische Prioritäten zu analysieren. Solange sicherheitspolitische Interessen im Vordergrund standen, griffen die realistischen Paradigmen, während die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten, die mit den sicherheitspolitischen Dogmen in einem Spannungsverhältnis standen, nicht angemessen erfasst werden konnten. So argumentierten Kritiker, dass der Rüstungswettkampf mit der Sowjetunion den wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten und denen der westlichen Länder zuwiderlief. Diente das Wettrüsten tatsächlich dem nationalen Interesse oder schadete es nicht vielmehr den langfristigen Interessen der USA und der Entwicklung von globalen Wirtschaftsbeziehungen? Führt die Kosten der Aufrüstung nicht gerade zu einer Vernachlässigung ziviler Wirtschaftsbereiche und der Vernachlässigung gemeinschaftlicher Aufgaben in den Bereichen Bildung und Infrastruktur? Vor dem Hintergrund zunehmender Wirtschaftsverflechtungen und schärferer Konkurrenz auf dem Weltmarkt wurde die handlungsanleitende Funktion des Realismus daher zunehmend in Zweifel gezogen. Auch die Niederlage im Vietnamkrieg Anfang der 1970er Jahre führte zu Brüchen im realistischen Paradigma; die machtpolitische Begründung des „nationalen Interesses“ war nun selbst unter Realisten umstritten.

In seinem 1988 zuerst erschienen Artikel erklärte der an der Harvard University lehrende Politikwissenschaftler Stanley Hoffmann, dass die realistische Denkschule den neuen internationalen Verhältnissen nicht mehr angemessen sei. *Ethische Grundsätze* in der internationalen Politik würden grundsätzlich ausgeklammert, ja moralisches Handeln von Politikern überhaupt als schädlich erachtet. Diese Position sei aus mehreren Gründen nicht haltbar. Zum einen habe sich der Zustand des internationalen Systems durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen so grundlegend gewandelt, dass kein Staat nur im eigenen Interesse handeln kann. Vielmehr sei nach dem weltpolitischen Zusammenhang der Staaten untereinander und nach den langfristigen Zielen von politischem Handeln zu fragen, wie dem Überleben der Menschheit an sich. „The nuclear revolution and economic interdependence amount to a huge change in the significance of sovereignty.“ (Hoffmann 1995: 27) Hoffmann war daher

bestrebt, eine argumentative Brücke zwischen dem klassischen Realismus, den er sehr achtete – in seinen Worten: „Reflecting upon Hans Morgenthau’s remarkable work, I wrote recently that we are all realists now“ (ebenda) – und den sich neu entwickelnden liberalen und institutionalistischen Theorien zu schlagen. Ansatzpunkt war für ihn die Unzulänglichkeit der herkömmlichen realistischen Theorie bei der Berücksichtigung ethisch-philosophischer Fragen. Während der Realismus, dem Hobbes’schen Weltbild folgend, Politiker ausschließlich auf das eigene nationale Interesse und auf interessengeleitetes „pragmatisches“ Handeln festlegte, sei es angesichts weltpolitischer Veränderungen notwendig, übergeordnete politische Grundsätze im Interesse einer Weltgemeinschaft zu berücksichtigen, um die Ziele der nationalen Sicherheits- und Außenpolitik zu erreichen. Auch das ungelöste Problem der Weltarmut und die wirtschaftlichen Ungleichheiten forderten zur Berücksichtigung ethischer Grundsätze auf. Hoffmann plädierte daher für die Übernahme einer globalen Verantwortung für den Zustand der Weltpolitik. Da in der Politik stets verschiedene Handlungs- und Entscheidungsalternativen geprüft werden und diese nicht voraussetzungslos sind, sollte Ethik eine Basis der Entscheidungsfindung bilden. Auf dieser Basis könnten nationale Interessen mit übergeordneten globalen Anliegen in Einklang gebracht werden. „Thus there is a need for a moral vision in the statesman and the citizen. Morality is not reducible to cost-benefit analyses (in most issues, evaluating what is a cost and what is a benefit is highly subjective and indeed dependent on one’s values) ... nor does it mean accommodating all claims (one has to listen to them, of course, but a final judgment is still necessary on which claims are right and which are wrong; political strategy may require prudence in dealing with the claims that are wrong, but a moral strategy requires such judgment.) ... The strategy I have recommended before and continue to believe in is a transformist strategy – one that aims at building a satisfactory world order while defending the interests of one’s state.“ (Hoffmann 1995: 35) Diese neue Weltordnung sollte, so Hoffmann, auf einem kosmopolitischen Denken beruhen und eine längerfristige angelegte Vision beinhalten.

Ein zentraler Kritikpunkt am Neo-Realismus ergab sich dann mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Unfähigkeit des Neo-Realismus, *Wandel* in den internationalen Beziehungen zu erklären, führte dazu, dass seine Grundannahmen und Erklärungskraft grundsätzlich in Frage gestellt und neue Ansätze, wie der Sozialkonstruktivismus, entwickelt wurden und zunehmend an Bedeutung gewannen. Der „ideational turn“, d. h. die stärkere Betonung von ideellen Faktoren in den Internationalen Beziehungen, forderte die neorealistischen Ansätze grundsätzlich heraus, wobei vielfach ein „Brückenschlag“ zwischen den beiden konkurrierenden Ansätzen favorisiert wurde. In Verteidigung der realistischen Denkschule wurde beispielsweise die Arbeit Morgenthau neu interpretiert, um ihre ideellen Implikationen herauszustellen (z. B. Williams 2004). Die Debatte über (neo-) realistische Theorien und ihre rationalistischen Grundannahmen ist bis heute nicht beendet und sie gewinnt im Zuge der Terrorismus-Diskussion in den Vereinigten Staaten erneut an Bedeutung.

Die *Englische Schule*, zu der Autoren wie E. H. Carr, Martin White, Herbert Butterfield und Hedley Bull zählen, bezeichnet eine weitere Denkströmung in der internationalen Politik, die in Großbritannien ähnlich wie der Neo-Realismus in den Vereinigten Staaten von einer anarchischen Staatenwelt ausgeht. Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht die Bedeutung von Nationalstaaten in der *Staatenwelt* der internationalen Politik. Hedley Bull, Professor an der Oxford University, der die Theoriedebatte über die internationale Staatenwelt nachhaltig beeinflusste, beschreibt die Rahmenbedingungen internationaler Beziehungen folgendermaßen: „Während der einzelne Mensch in der Regel ordnenden staatlichen Hoheitsinstanzen

untergeordnet ist, bewegen sich souveräne Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen, in Abwesenheit einer Weltregierung, in einem anarchischen oder regierungslosen Zustand. Daraus resultiert jedoch nicht, dass es keine ordnenden Elemente in den internationalen Beziehungen oder in der Weltpolitik gäbe. In der Tat bilden die souveränen Staaten der heutigen Zeit, so sehr sie vielfach untereinander uneins sein mögen, eine internationale Gesellschaft mit anarchischem bzw. regierungslosem Charakter. Diese anarchische Gesellschaft, die sich seit der frühen Neuzeit in Europa ausgeformt hat und nun die ganze Welt umfasst, sorgt zumindest ansatzweise für eine internationale Ordnung.“ (Bull 1985: 31) Kennzeichen der internationalen Politik ist nach Bull also der *anarchische Charakter der internationalen Gesellschaft*. Da nur die Staaten, die auf ihrem Territorium über eine interne Souveränität verfügen, auch extern Souveränität besitzen, bilden sie die einzigen legitimen Akteure in den internationalen Beziehungen. Damit sind sie „Ordnungsträger“ in dem ansonsten regierungslosen Zustand der Weltpolitik. Bull geht davon aus, dass die Staaten nach einem *Gleichgewicht der Mächte* streben sollen. „Der Begriff Gleichgewicht sagt, dass Macht derart verteilt sein sollte, dass kein Staat dominiert.“ (Bull 1985: 38)

Das Ziel besteht darin, die Staatenwelt als rechtlich verfasste internationale Staatengemeinschaft zu konstituieren. Die Einrichtung des Völkerrechts erfüllt hier eine wichtige Funktion. Sie besteht darin, den Gedanken einer Gesellschaft von souveränen Staaten als oberstes normatives Prinzip der politischen Organisation der Menschheit festzulegen. Daneben dient das Völkerrecht dazu, die Grundregeln des Zusammenlebens zwischen Staaten und anderen Akteuren der internationalen Gesellschaft festzuschreiben. Internationale Prozesse, wie die Diplomatie, erleichtern die Kommunikation zwischen den politischen Regierungen. Großmächte erfüllen nach Bull eine Sonderfunktion und ihre militärische und wirtschaftliche Stärke gibt ihnen das Recht, eine Rolle bei der Entscheidung von Streitfragen zu spielen. In diesem Kontext führt Bull auch den Krieg als legitimes politisches Mittel an, eine Position, die nicht theoretisch, sondern empirisch-machtpolitisch begründet wird und nicht unumstritten ist. „Da aber der Krieg ein allgemein akzeptiertes Verhaltensmuster bildet, das auf die Förderung gemeinsamer Ziele ausgerichtet ist, kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass er bisher eine solche Institution war und auch heute noch ist.“ (Bull 1985: 46)

Literatur

- Bull, Hedley: „Die anarchische Gesellschaft“, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Stuttgart 1985, S. 31–49
- Carr, E. H.: The Twenty Years' Crisis, 1919–1939. An Introduction to the Study of International Relations, Neuauflage, Houndmills 2001
- Dunne, Tim: Inventing International Society: A History of the English School, New York: St. Martin's Press 1998
- Hoffmann, Stanley: „The Political Ethics of International Relations“, in: Joel H. Rosenthal (Hg.): Ethics and International Affairs, Washington D. C. 1995, S. 22–38 (3. Aufl. 2009)
- Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2009
- Morgenthau, Hans J.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, dt. Gütersloh 1963
- Waltz, Kenneth N.: Theory of International Politics, Reading: Mass 1979 (Neuaufgabe: Long Grove Il. 2010)

Waltz, Kenneth N.: „Realist Thought and Neorealist Theory“, in: Charles W. Kegley (Hg.): *Controversies in International Relations Theory: Realism and the Neoliberal Challenge*, New York 1995, S. 67–83

Williams, Michael C.: „Why Ideas Matter in International Relations: Hans Morgenthau, Classical Realism, and the Moral Construction of Power Politics“, in: *International Organization*, Fall 2004, S. 633–665.

1.5.3 Interdependenztheorie und Regimeforschung

Die Interdependenztheorie und die Regimeforschung sind in der Auseinandersetzung mit den theoretischen und konzeptionellen Unzulänglichkeiten der neo-realistischen Denkschule entstanden. Im Kontext veränderter Beziehungen zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion seit den ersten Abrüstungsvereinbarungen zu Beginn der 1970er Jahre suchte auch die Forschung nach neuen Theoremen, die anstelle der Rivalitätspolitik des Kalten Krieges kooperative Verhandlungsstrategien in den Mittelpunkt stellte. Auch auf dem Weltmarkt zeigten sich immer deutlicher wechselseitige Abhängigkeiten, in die die industrialisierten westlichen Länder, aber auch die Erdöl produzierenden Schwellenländer eingebunden waren. Wirtschaftspolitische Probleme und globale Sicherheitsfragen beförderten einen politikwissenschaftlichen Diskurs, der sich deutlich von neo-realistischen Paradigmen distanzierte.

Die *Interdependenzforschung* gründete ihre Analyse auf die Beobachtung der zunehmenden internationalen Verflechtung von Staaten. Robert O. Keohane und Joseph S. Nye kritisieren in ihrer einflussreichen Studie „*Power and Interdependence*“ (1977) den mangelnden Realitätsbezug der „realistischen Schule“. Mit dem Begriff der „*komplexen Interdependenz*“ charakterisieren sie die Beziehungen zwischen den westlichen Industriestaaten folgendermaßen: Militärische Macht ist im Instrumentarium staatlicher Außenpolitik dieser Länder von untergeordneter Bedeutung. Die außenpolitischen Ziele folgen keiner vorgegebenen Hierarchie, vielmehr besteht die Agenda auswärtiger Politik in einer Vielzahl unterschiedlicher Problembereiche, deren Priorität nicht vorbestimmt ist. Die Beziehungen bestehen in einem weit verzweigten Netz grenzüberschreitender Akteure, die sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure sein können (Keohane/Nye 1977). *Macht* wird in erster Linie als Kompetenz zur Steuerung sozialer Beziehungen verstanden. Es geht nicht mehr um die bedingungslose Verfestigung von Macht zur Selbsterhaltung von Staaten, sondern um eine effektive, am Nutzen der Beteiligten ausgerichtete Machtausübung innerhalb eines multipolaren, pluralistischen Weltsystems. Keohane und Nye entwickelten im Rahmen ihrer Interdependenztheorie eine Arbeitsdefinition von Macht, die sich an das Webersche Machtverständnis anlehnt und zugleich den multipolaren Strukturen der internationalen Beziehungen Rechnung tragen soll. „Macht kann man sich denken als Fähigkeit eines Akteurs, andere dazu zu bewegen, etwas zu tun, was sie ansonsten nicht tun würden (zu hinnehmbaren Kosten für den Akteur).“ (Keohane/Nye 1977: 11) Sie vertreten die Auffassung, dass die Machtanalyse zweigeteilt sein soll. Auf der einen Seite gehe es um die Machtressourcen, über die ein Akteur im internationalen System verfügt („*power over resources*“). Davon zu unterscheiden sei der tatsächliche Einfluss, den ein Akteur in konkreten politischen Konstellationen ausübt, und die das Ergebnis der Machtdurchsetzung beeinflusst („*power over outcomes*“).

Mit ihrer Studie wurde der Weg für eine differenziertere Analyse internationaler Machtstrukturen und außenpolitischer Entscheidungsprozesse geebnet. Macht wurde im Rahmen der Möglichkeiten des internationalen Systems definiert und die Analyse auch auf *nicht-militärische Themen* ausgeweitet. Dieser machtanalytische Ansatz ermöglichte es, der zunehmenden Interdependenz von Staaten gerecht zu werden und zudem Veränderungen im internationalen System besser zu erklären, als mit dem primär am nationalen Interesse ausgerichteten realistischen Machtbegriff. Im Kern geht es dabei der Interdependenztheorie darum, unterschiedliche Grade von Betroffenheit durch die wechselseitige Verflechtung von Staaten aufzuzeigen. Angesichts von Weltmarktabhängigkeit in der Energieversorgung wird in der amerikanischen Literatur beispielsweise unterschieden zwischen einer „vulnerability“-Interdependenz und „sensitivity“-Interdependenz; wechselseitige Verflechtungen in existentiell erforderlichen Bereichen machen Staaten eher verletzlich (z. B. die für die Wirtschaft zentrale Abhängigkeit von Rohstoff-Ressourcen), während letztere Bindungen charakterisiert, die zwar wichtig sind, aber Wirtschaft und Gesellschaft nicht in ihren existenziellen Grundlagen angreifbar werden lassen.

In der Bundesrepublik wurde die Interdependenzforschung breit rezipiert. Beate Kohler-Koch nimmt diesen Ansatz beispielsweise positiv auf, indem sie schreibt, dass das Konzept der Interdependenz zum Verständnis wichtiger Aspekte der internationalen Beziehungen geeignet sei. Vor allem im Bereich der transnationalen Beziehungen, die zu einer wachsenden Verknüpfung von Gesellschaften geführt habe, aber auch zu einer Einschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums, sei dieses Konzept hilfreich (Kohler-Koch 1990: 110). Allerdings konnte die Interdependenzforschung die in sie gesetzten Erwartungen nicht vollends erfüllen. So erwiesen sich die Unterscheidungen zwischen den Dimensionen der Interdependenz („sensitivity“ und „vulnerability“) für empirische Untersuchungen als zu unscharf, u. a. weil nicht präzise bestimmt werden konnte, ob es sich dabei um objektive, situative, oder subjektiv empfundene Abhängigkeiten handelte. Ein wesentlicher Schwachpunkt bestand auch in der Vernachlässigung von historisch und strukturell gewachsenen Machtverhältnissen, die beispielsweise die hegemoniale Position der USA bzw. der westlichen Länder gegenüber den peripheren Regionen begründete und eine Abhängigkeit aufgrund der ungleichen Ausgangslage bedingte, während die westlichen Länder schon aus strukturellen Gründen ihre Abhängigkeit durch größere Ressourcen ausgleichen konnten. Der Begriff der Interdependenz geht heute in vielfältiger Weise in die wissenschaftliche Literatur ein, ohne dass die Autoren sich zwingend einem kohärenten Theoriegebäude verpflichtet sehen.

Die *internationale Regimeforschung* entstammt zunächst dem Anliegen, die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung und die Entstehung von internationalen Institutionen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen theoretisch zu erschließen. Regimeforschung versteht internationale Politik dabei vor allem als *Steuerung* von Handlungsalternativen und -kompetenzen (vgl. Kohler-Koch 1989; Rittberger 1995). Heute wird von Regimen in verschiedenen Politikbereichen überall dort gesprochen, wo sich internationale Vereinbarungen und Regeln über einen längeren Zeitraum hinweg etabliert und durchgesetzt haben, z. B. in der internationalen Umwelt- und der Menschenrechtspolitik („Umweltregime“; „Menschenrechtsregime“). *Regime* sind institutionalisierte, regelhafte Kooperationsbeziehungen in einem bestimmten Politikbereich. Ihr heutiges Verständnis geht zurück auf die Standarddefinition des Regimebegriffs von Stephen Krasner: „Regime können definiert werden als Zusammenhänge von impliziten oder expliziten Prinzipien, Normen, Regeln und Entschei-

dungsverfahren, an denen sich die Erwartungen von Akteuren in einem gegebenen Problemfeld der internationalen Beziehungen ausrichten. Prinzipien umfassen empirische, kausale und normative Grundsätze. Normen sind Verhaltensstandards, die sich in Rechten und Pflichten ausdrücken. Regeln sind spezifische Verhaltensvorschriften, die Verbote und Sanktionen enthalten können. Entscheidungsverfahren sind die maßgeblichen Praktiken beim Treffen und bei der Implementation kollektiver Entscheidungen.“ (Krasner 1983: 2) Nach einem Bild der amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Keohane und Joseph Nye können Regime in der internationalen Politik als „Inseln der Ordnung in einem Meer von Anarchie“ verstanden werden (Keohane/Nye 2000).

Während die herkömmliche Interdependenzforschung mit ihrem Anliegen der Regulierung von Politik im Kontext des Ost-West-Konflikts heute eher randständig geworden ist, erlebt die Regimeforschung einen bezeichnenden Wandlungs- und Erneuerungsprozess. Nach dem Umbruch von 1989/90 hat sich die Regimeforschung zum einen der wachsenden Bedeutung von internationalen Institutionen gewidmet (institutionalistischer Ansatz) und zum anderen Wert- und Normsetzungsprozesse in der internationalen Politik fokussiert. Empirische Untersuchungen und die Prüfung von Hypothesen haben die Regimeforschung ausdifferenziert, ebenso wie die Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes auf verschiedene Politikfelder der Internationalen Beziehungen, etwa im Umweltbereich, bei der Umsetzung von Menschenrechten und in der Analyse der Regulierung regionaler Konflikte. Auch in der Debatte um „*Global Governance*“ fließen Grundannahmen der Regime- und Interdependenztheorie mit der These vom Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit und der Bedeutungszunahme „globalen Regierens“ ein (vgl. z. B. Keohane/Milner 1996; Kohler-Koch/Jachtenfuchs 2003). Internationale Politik wird hier vor dem Hintergrund zunehmender Interdependenz und Globalisierung als ein internationales oder transnationales „Verhandlungssystem“ betrachtet, in dem verschiedene politische und soziale Akteure, wie z. B. Organisationen der Vereinten Nationen, Staaten und nichtstaatliche Organisationen interagieren und allgemeinverbindliche Entscheidungen treffen.

Festgehalten werden kann, dass die Regimeanalyse, wie der Politikwissenschaftler Michael Zürn schreibt, „Teil eines neo-institutionalistischen Forschungsprogramms (ist), welches auf der Überzeugung beruht, dass die Weltpolitik von einem zunehmend dichter werdenden Netz trans- und internationaler Institutionen geprägt wird. Weltpolitik ist demnach mehr als nur die grenzenlose Verfolgung des Eigeninteresses macht- und wohlfahrtshungriger Nationalstaaten. Weltpolitik ist vielmehr nur unter Berücksichtigung der heute weit über 300 internationalen Organisationen und etwa ebenso vielen internationalen Regimen zu verstehen.“ (Zürn 1997: 435) Ausgehend von der Thematik „Frieden durch Institutionen“ geht der Friedens- und Konfliktforscher Harald Müller (2002) im Bereich der Sicherheit beispielsweise davon aus, dass „Sicherheitsregime“, d.h. verschiedene Formen institutionalisierter Konfliktregulierungen, dazu beitragen können, friedenserhaltend zu wirken. In der Analyse der transnationalen Politik werden Regime als eine Möglichkeit angesehen, Konflikte zu zivilisieren. „Regime sind kooperative Institutionen zwischen Partnern mit teils gemeinsamen, teils widerstrebenden Interessen. Sie bestehen aus Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren, die einen höheren Grad von Gewissheit über das künftige Verhalten der Beteiligten schaffen ... Sie beenden keine Konflikte, sie zivilisieren sie.“ (Müller 2002: 87)

Die institutionelle Reichweite des Regimebegriffs wird durchaus unterschiedlich gefasst. Umstritten ist z. B. die Frage, inwieweit formalisierte Verfahren institutionalisiert und rechtlich festgelegt sein müssen, oder ob bereits habituelle Praktiken ein Regime konstituieren.

Ebenso wird unterschiedlich beurteilt, wie die Frage, ob Normeinhaltung (*compliance*), beispielsweise durch die Aufnahme von internationalen Regeln in nationales Recht, für die Regimebildung entscheidend ist, oder ob nicht verschiedene Strategien der Umsetzung (*implementation*) und die Effizienz der Normeinhaltung untersucht werden müssten. Vor allem in der Diskussion über Global Governance werden diese Fragen weiter untersucht. „Global Governance“ oder „globales Regieren“ beruht – zumindest in der deutschen Debatte – auf einem normativen Ansatz der Politikanalyse. Dieser fragt vor allem nach der Legitimierung internationaler Politik im Kontext der zunehmend unübersichtlich werdenden Welt und nach den Möglichkeiten des „guten Regierens“ im Sinne der Entwicklung und Einhaltung internationaler Normen, der Konfliktbearbeitung und der Effizienz von Regel- und Vertragswerken. Im Unterschied zur traditionellen Regimeforschung, die sich noch im zwischenstaatlichen Paradigma bewegte, geht die neuere Forschung über Global Governance dagegen verstärkt auf zivilgesellschaftliche Akteure ein und untersucht kooperative Problembearbeitungen auch jenseits des Staates. In der Regimeforschung gehört die Einbeziehung von NGOs heute zum Forschungsprogramm. Dabei werden auch Fragen der Legitimität immer wichtiger (vgl. Wolf 2003).

Literatur

- Keohane, Robert O./Joseph S. Nye: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston/Toronto 1977 (3. Aufl. New York 2000)
- Keohane, Robert O./Helen Milner (Hg.): Internationalization and Domestic Politics, New York 1996
- Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regime in internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1989
- Kohler-Koch, Beate: „Interdependenz“, in: Volker Rittberger (Hg.): Theorien internationaler Beziehungen, PVS-Sonderheft 1990
- Kohler-Koch, Beate/Markus Jachtenfuchs (Hg.): Europäische Integration, 2. Auflage. Opladen 2003
- Krasner, Stephen D. (Hg.): International Regimes, Ithaca 1983
- Müller, Harald: „Internationale Ressourcen- und Umweltpolitik“, in: Manfred Knapp/Gert Krell: Einführung in die internationale Politik, 4. Aufl., München 2003
- Müller, Harald: „Institutionalismus und Regime“, in: Ferdowski, Mir A. (Hg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert, München 2002, S. 87–104
- Rittberger, Volker (unter Mitarbeit v. P. Mayer): Regime Theory and International Relations, Oxford 1995
- Sprinz, Detlef F.: „Internationale Regime und Institutionen“, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden 2003, S. 251–274
- Wolf, Klaus Dieter: „Internationale Organisationen und grenzüberschreitendes Regieren“, in: Herfried Münkler (Hg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 412–446
- Zürn, Michael: „Regimeanalyse“, in: Ulrich Albrecht/Helmut Vogeler (Hg.): Lexikon der Internationalen Politik, München/Wien 1997, S. 434–436

1.5.4 Liberaler Institutionalismus

Während der Realismus und der Neo-Realismus sowie die Englische Schule internationale Politik vom Paradigma der dominanten Nationalstaaten, der staatlichen Souveränität und des nationalen Interesses aus analysieren, nehmen andere Theorieansätze eine globale Perspek-

tive der internationalen Beziehungen ein und stellen die institutionellen Verflechtungen der Akteure in den Mittelpunkt der Analyse. Hierzu gehören die Interdependenz- und Regimeforschung sowie der liberale Institutionalismus. Im *liberalen Institutionalismus* wird eine Pluralität von Akteuren in der internationalen Politik angenommen, die über internationale Organisationen miteinander verflochten sind und auf das internationale System einwirken. Das internationale System wird nicht als Begrenzung des Handlungsspielraums der Staaten konzeptualisiert, sondern als Forum für unterschiedliche Handlungs- und Entscheidungsalternativen, welches unter dem Einfluss politischen Handelns verändert werden kann. Die Welt erscheint in diesen Theorieansätzen als *Spinnengewebe von Assoziationen und Individuen*, die wechselseitig voneinander abhängig sind; internationale Organisationen bilden die Kettfäden in diesem Gewebe. Staaten sind über internationale Institutionen miteinander verflochten, wobei sich der liberale Institutionalismus vor allem mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Institutionen befasst hat. In der englischsprachigen Literatur werden diese Theorieansätze, die von einer pluralen Struktur der internationalen Politik ausgehen, als „Neoliberalismus“ bezeichnet, manchmal auch als „neo-liberaler Institutionalismus“ oder als „liberaler Internationalismus“ (Burchill/Linklater 2009).

Die Grundannahme des global orientierten, liberalen Institutionalismus beruht auf der Auffassung, dass es im internationalen System eine Reihe von Akteuren gibt, die unterschiedliche Präferenzen haben und internationale Institutionen, wie z. B. die Weltbank oder den Internationalen Währungsfond, in ihren Handlungsoptionen berücksichtigen. Dabei nimmt die wechselseitige Abhängigkeit und Verflechtung von Staaten zu, denn die Entwicklung neuer Kommunikationsmittel und Technologien in Verbindung mit der Globalisierung ergibt ein höheres Maß an Regelungsdichte und Kooperationserfordernis. Dabei sind die Staaten nicht mehr die alleinigen Akteure auf der internationalen Bühne, sondern internationale Institutionen nehmen einen zentralen Platz in der internationalen Politik ein. Macht ist nach Auffassung des Institutionalismus im internationalen System verteilt, die Interessen sind vielschichtig und neben die Staaten treten internationale Organisationen mit Steuerungs- und Regelungskompetenz. Im liberalen Institutionalismus geht es dabei um die Frage, welche Präferenzen Staaten verfolgen, welche Interessen und Motive kooperativen, komplementären oder konfrontativen Strategien zugrunde liegen, und welche Ergebnisse aus der Interaktion zwischen Staaten und Internationalen Organisationen resultieren. Internationale Beziehungen sind für den Institutionalismus in der Regel kein Nullsummenspiel, sondern können ein positives Gewinnspiel ergeben („win-win-situation“). Die Themen, mit denen sich die Autoren dieser Denkrichtung befassen, umgreifen Probleme der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung, internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie auch Fragen internationaler Normen, z. B. im Umweltschutz oder bei den Menschenrechten.

Bereits frühzeitig wurde der Institutionalismus zur Analyse der neuen sicherheitspolitischen Strukturen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eingesetzt (z. B. Katzenstein 1996; Risse-Kappen 1997). Thomas Risse-Kappen (1997) untersucht beispielsweise die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Staaten im Rahmen der NATO, um den Einfluss der Akteure in der Organisation herauszufinden. Seine Kernthese besteht darin, dass sich eine kollektive Identität („collective identity“) herausgebildet habe, die eine sicherheitspolitische Allianz („alliance community“) begründet, die auch bei veränderten globalen Bedingungen Bestand hat. In der Wechselwirkung der Akteure mit den Institutionen kooperieren die Akteure zum größten gemeinsamen Gewinn, der gemeinschaftlichen Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft. Kooperative Sicherheitsstrukturen bilden

schließlich eine höhere Präferenz, als nationalstaatlich verfasste Sicherheitspolitik. Im Rahmen dieser routinisierten und dauerhaften Kommunikationsstrukturen bietet das Verteidigungsbündnis selbst militärisch schwächeren Staaten wie der Bundesrepublik die Möglichkeit, außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Bereits hier zeigt sich, dass der liberale Institutionalismus mit der Analyse der Herausbildung von Kooperationsformen und kommunikativen Handlungsstrukturen zwischen Staaten eine Brücke bildet zur Untersuchung verbindlicher Normen im Kontext internationaler Organisationen. Insofern besteht eine enge Beziehung des Institutionalismus zu neueren sozialkonstruktivistischen Ansätzen.

Zunächst vor allem auf wirtschaftliche Kooperationen bezogen war dagegen der liberal institutionalistische Ansatz des amerikanischen Politikwissenschaftlers Andrew Moravcsik. Am Beispiel der Europäischen Union entwickelt er mit Blick auf wirtschaftliche Einfluss- und Interessengruppen seine Vorstellung der Pluralität gesellschaftlicher Akteure, die die Positionierung von Regierungen bei internationalen Verhandlungen beeinflussen (Moravcsik 1998). Seine Analyse *internationaler Präferenzpositionen* bezieht sich auf ein Set von grundlegenden Annahmen über die zentralen Akteure in der internationalen Politik, deren Motive sowie die Ergebnisse des zwischenstaatlichen Interaktions- und Aushandlungsprozesses. Staaten, so Moravcsik, bilden bestimmte Präferenzen aus, die auf innerstaatlichen Machtverhältnissen beruhen und bringen diese Präferenzen auf rationale Weise in internationale Verhandlungen und Prozesse ein. Sind die Präferenzen verschiedener Staaten kompatibel, dann bestehen starke Anreize für die Aufnahme von Verhandlungen und zwischenstaatliche Kooperationen. Divergierende staatliche Präferenzen hingegen bewirken Konflikte zwischen Staaten, die wenig Raum lassen für wechselseitige Kooperation, da dominante Gruppen eines Landes versuchen, ihre Präferenzen über staatliche Politik durchzusetzen, die dann notwendigerweise Kosten für andere Länder verursachen. Bestehen hingegen komplementäre nationale Präferenzordnungen, dann sind ausreichende Anreize für zwischenstaatliche Verhandlungen, Konzessionen und Formen der internationalen Politikkoordination gegeben. Moravcsik entwickelt diesen zunächst am Beispiel der europäischen Integration empirisch dargestellten Ansatz in anderen Arbeiten auf allgemein-theoretischer Ebene weiter. Seine Arbeiten zeigen, wie der Institutionalismus auch mit Annahmen der Theorie rationaler Entscheidungen („rational choice“) kompatibel ist.

Institutionalistische Ansätze werden auch in der *komparativen politischen Ökonomie* verwandt, die besonders im englischsprachigen Raum vertreten ist. Diese Ansätze gehen von der Grundannahme aus, dass die weltwirtschaftliche Verflechtung zunimmt, die wechselseitige Abhängigkeit aber unterschiedliche Auswirkungen auf die Länder hat. Sie betrachten diese Entwicklung nicht unter dem Blickwinkel der Gewinnmaximierung des Kapitals wie Welt-systemtheorien, sondern fragen nach der politischen Verarbeitung der Globalisierung in verschiedenen Ländern ähnlicher wirtschaftlicher Verfasstheit. Studien zeigen, dass institutionelle und politisch-kulturelle Voraussetzungen der untersuchten Länder dazu führen, dass diese auf ähnliche Herausforderungen unterschiedlich reagieren, d. h. die institutionellen Rahmenbedingungen bewirken durchaus verschiedene Muster der Verarbeitung globaler Wirtschaftsprozesse (vgl. Hall/Soskice 2001). Anders als der klassische Wirtschaftsliberalismus nimmt der neue Institutionalismus dabei Bezug auf die innergesellschaftlichen historischen und institutionellen Voraussetzungen und schließt die regulativen Mechanismen und Politikpräferenzen ein.

Nach dem Ende des weltumspannenden Ost-West-Konflikts thematisiert der liberale Institutionalismus darüber hinaus Grundwerte der internationalen Gemeinschaft, wie universale Menschenrechte und die Bedeutung globaler öffentlicher Güter. So vertritt Stanley Hoffmann die Auffassung, dass die internationale Politik mehr denn je eine globalistische Perspektive einnehmen muss, um die Probleme der Weltpolitik nach dem Ende des großen ideologischen Konflikts zu bearbeiten (Hoffmann 1999). Nur wenn internationale Organisationen diese Herausforderung annehmen und sich – jenseits ideologischer Polarisierungen – öffentlich-politisch mit den großen globalen Problemen befassen, kann die „Weltunordnung“ abgebaut werden. Internationale Organisationen können in diesem Prozess eine wichtige Funktion übernehmen.

Der liberale Institutionalismus ist als Gegenposition zum Neo-Realismus entwickelt worden. Er ersetzt die auf das nationale Interesse, staatliche Macht und Souveränität fixierte Paradigma des neo-realistischen Ansatzes durch die Einbeziehung der Gesellschaftswelt in die Analyse internationaler Politik. Der liberale Institutionalismus ist heute sowohl mit Theorien des rationalen Handelns in der internationalen Politik, als auch mit sozialkonstruktivistischen Analysen der Normbildung und Normdurchsetzung durch internationale Organisationen vereinbar.

Der Institutionalismus behandelt dabei nicht nur die „großen“ Internationalen Organisationen, sondern auch internationale nicht-staatliche Organisationen. Sie werden als Bedeutungsverschiebung in der transnationalen Politik verstanden, denn die These vom Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit in der globalen Welt geht mit einer Aufwertung von transnationalen Akteuren einher. Internationale Beziehungen sind daher nicht auf Staaten bzw. Regierungen, internationale Organisationen oder den Weltmarkt beschränkt, sondern sie werden als Ergebnis von transnationalen Prozessen begriffen, an denen sowohl transnationale Unternehmen, transnationale politische Netzwerke als auch nicht-staatliche Organisationen unterschiedlichen Typs beteiligt sind. Diese pluralistische Sichtweise auf die Globalisierung meint, „...that events in any area of global policy-making have to be understood in terms of complex systems, containing governments, companies, and NGOs interacting in a variety of international organizations.“ (Willetts 2001: 356) Ob und inwiefern diese nicht-staatlichen Organisationen, die nicht auf völkerrechtlichen Verträgen beruhen, legitimiert werden, muss nach Auffassung des liberalen Institutionalismus daher genauer geprüft werden.

Literatur

Burchill, Scott/Andrew Linklater (Hg.): Theories of International Relations, 4. Aufl., New York 2009

Hall, Peter/David Soskice (Hg.): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001

Hoffmann, Stanley: World Disorders. Troubled Peace in the Post-Cold War Era, Lanham: Rowman and Littlefield 1999

Katzenstein, Peter J. (Hg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York 1996

Kegley, Charles W./Shannon L. Blanton: World Politics. Trends and Transformations 2011–12, 13. Aufl., Belmont 2012

Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca, N.Y. 1998

Risse-Kappen, Thomas: *Cooperation among Democracies. The European Influence on U. S. Foreign Policy*, Princeton N. J. 1997

Willetts, Peter: „Transnational Actors and International Organizations in Global Politics“, in: J. B. Baylis/S. Smith (Hg.): *The Globalisation of World Politics*, 5. Aufl., Oxford University Press 2001, S. 356–38

1.5.5 Weltsystemtheorien und Globalisierung

Die bisher vorgestellten Theorieansätze betrachten das System der internationalen Beziehungen als komplexes Interaktionsmuster, bei denen Staaten oder Internationale Organisationen im Mittelpunkt stehen. Anders sieht die internationale Politik aus der Perspektive derjenigen Theorien aus, die den kapitalistisch organisierten Weltmarkt als strukturierendes Prinzip der internationalen Beziehungen in den Mittelpunkt stellen. Hierzu gehören Weltsystemtheorien, die etwas älteren Dependenztheorien und weitere neo-marxistische Ansätze, sowie neuere Globalisierungstheorien.

Nach Immanuel Wallerstein, der als wichtigster Vertreter der *Weltsystemtheorie* gilt, beruht die Entwicklung des Weltsystems auf einem historischen Prozess, dessen Wurzeln im 15. Jahrhundert zu verorten sind und der schließlich zur Entstehung eines einzigen kapitalistischen Weltsystems geführt hat, „das wir ganz schlicht als eine Einheit mit einer einzigen Arbeitsteilung und mannigfaltigen Kultursystemen definieren.“ (Wallerstein 1979: 35) Wallersteins Kernaussage besteht darin, dass die alles umgreifende Struktur internationaler Beziehungen durch den Weltmarkt gebildet wird, der kapitalistisch organisiert ist. Klassen, ethnische Gruppen und Staaten sind Ausprägungen der Entfaltungen des kapitalistischen Weltsystems. Dieses Weltsystem ist die prägende Institution der Moderne.

In seinen monumentalen Studien zur Geschichte des Kapitalismus zeigt Wallerstein die strukturellen Bedingungen dieser phasenförmigen Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems auf. Seine Entwicklung erfolgte in größeren Wellen. Im „langen Jahrhundert“ zwischen 1450 und 1640 entstand das System der Arbeitsteilung, das bis heute durch die drei Hierarchie-Ebenen: Peripherie, Semi-Peripherie und Zentrum charakterisiert wird. „Bis 1640 war es den Staaten im Nordwesten Europas gelungen, sich als Staaten des Zentrums zu etablieren; Spanien und die norditalienischen Stadtstaaten sanken zur Semiperipherie herab; Nordosteuropa und Iberoamerika waren zur Peripherie geworden.“ (Wallerstein 1979: 54) Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts konsolidierte sich dieses System und mit der Industrialisierung (etwa seit 1760) setzte das dritte Stadium der kapitalistischen Weltwirtschaft ein: der Industriekapitalismus, der sich vom Agrarkapitalismus absetzte. Durch die geographische Expansion wurde dann Russland Teil der Semiperipherie und Afrika mit der Beendigung des Sklavenhandels Bestandteil der Peripherie im Weltsystem. Mit der russischen Revolution von 1917 sieht Wallerstein den Beginn einer vierten Periode einsetzen, in der sich die industriekapitalistische Weltwirtschaft nun endgültig konsolidierte. Mit seiner Weltsystemtheorie widerspricht Wallerstein daher einer Einteilung der Welt im 20. Jahrhundert in einen sozialistischen und kapitalistischen Teil. Vielmehr strukturiert das Primat der kapitalistischen Weltwirtschaft die Beziehungen zwischen allen Ländern. Eine eigenständige sozialistische Entwicklung wird somit nach Wallerstein aufgrund der Abhängigkeit aller Länder von den Strukturen des Weltmarkts ausgeschlossen.

Das Weltsystem enthält nach Wallerstein durch die Dreischichtung in sich viele strukturelle Ungleichheiten, wobei das Zentrum klar privilegiert ist und die Semiperipherie eine Zwischenstellung einnimmt. Sie verhindert funktional, dass Peripherie und Zentrum unmittelbar aufeinanderprallen. Aufgrund der weltweiten Arbeitsteilung zwischen den Ländern der Peripherie und denen im Zentrum ist das Weltsystem ein dezentrales, aber hierarchisches Gebilde, dessen ungleiche Entwicklung Folge eben der hierarchischen Gliederung bleibt. Für Wallerstein können die Ungleichheiten nur durch eine radikale Umwälzung des Weltsystems beseitigt werden. Er weist auf zwei „Hauptwidersprüche“ hin, die das Überleben des kapitalistischen Weltsystems zweifelhaft erscheinen lassen: zum einen die periodisch auftretenden Krisen, produziert durch den Widerspruch zwischen maximaler kapitalistischer Wertschöpfung und der Notwendigkeit einer Massennachfrage, die eine zumindest partielle Umverteilung des Surplus erfordert. Zum anderen geht Wallerstein davon aus, dass die Kooptation von oppositionellen Bewegungen (Arbeiterbewegung) einen immer größeren Aufwand erforderlich werden lässt, so dass sich die Widersprüche verschärfen.

Die Weltsystemtheorie strebt eine Analyse der Totalität internationaler Beziehungen an, wobei sie von der Dominanz des Weltmarktes ausgeht, der die Position aller Länder festlegt. Das historisch-strukturelle Konzept der Weltsystemtheorie weist damit der Politik eine untergeordnete Bedeutung zu. Politische Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen sind dem Diktat des Weltmarktes untergeordnet. Die Weltsystemtheorie vermag so einerseits alle Länder in ein analytisches System einzubeziehen. Andererseits kann mit der Weltsystemtheorie die Variabilität von Entwicklungswegen in verschiedenen Ländern nicht erklärt werden, denn nach Wallerstein können die Staaten die Strukturen des Systems nicht durchbrechen. Auch die historischen Zäsuren des 20. Jahrhunderts mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus bleiben ein offenes Problem für diesen theoretischen Ansatz, der Politik in Makrostrukturen des kapitalistischen Weltmarktes fasst. Trotz seiner nachhaltigen Bedeutung in der Diskussion globaler Politik, vor allem im Nord-Süd-Konflikt, hat sich die von Wallerstein vorgelegte Theorie für empirische Forschungen als wenig tragfähig erwiesen.

Die unter dem Begriff der *Dependenztheorien* („dependencia“) zusammengefassten Ansätze gehen davon aus, dass die historisch entstandenen Strukturen von Handel und Austausch die Länder der Peripherie systematisch benachteiligt haben. Das durch Imperialismus und Kolonialisierung etablierte System der internationalen Arbeitsteilung, in dem die Länder der Dritten Welt Rohstoffe und billige Arbeitskräfte liefern, während die entwickelten Länder („erste Welt“) industriell gefertigte Waren exportieren und die Gewinnabschöpfung in die reichen Industrieländer zurückfließt, hält die Länder der Dritten Welt in permanenter Abhängigkeit. Vor allem in Lateinamerika wurde dieses Problem früh thematisiert. Aus der Perspektive lateinamerikanischer Autoren besteht das Problem der internationalen Beziehungen darin, dass die Länder in den Wirtschaftszentren permanent bestrebt seien, das Abhängigkeitsverhältnis der Peripherie-Nationen aufrechtzuerhalten (Neokolonialismus). Die immense Verschuldung Lateinamerikas wird dabei als Kernproblem der Entwicklung fokussiert und die Abhängigkeiten als systembedingt beschrieben.

Ein Kernbegriff der Weltsystemtheorien ist der Begriff der *strukturellen Gewalt*, der die komplexen Abhängigkeitsstrukturen charakterisieren soll, die zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie bzw. zwischen den wirtschaftlich reicheren und den ärmeren Ländern bestehen. Dieser Begriff geht zurück auf die Arbeiten des norwegischen Friedens- und Konfliktforschers Johan Galtung und ist ursprünglich in der Auseinandersetzung mit Imperialismustheorien entstanden (Galtung 1982). Er schlägt vor, damit die Formen indirek-

ter Gewalt zu bezeichnen, die Strukturen der Abhängigkeit in der internationalen Politik konstituieren. Galtung unterscheidet drei Formen der Gewalt: die direkte, aktiv gesteuerte personale Gewalt, die durch Repression willkürlich die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einzelner beschränkt, die kulturelle Gewalt, die langfristig angelegt ist und Strukturen der Abhängigkeit legitimiert, z. B. in Form von Rassismus, und die strukturelle Gewalt, die durch ungleiche Machtverhältnisse und daraus folgenden ungleichen Lebenschancen („Ausbeutung“) entsteht. Je stärker die vertikalen im Unterschied zu horizontalen Beziehungen zwischen Ländern ausgeprägt sind, desto größer ist das Problem der Dominanz, d. h. die Gewalt, die ein Staat (oder eine Staatengruppe) über andere ausüben kann. Das Problem bestehe nach Galtung nun darin, dass diese Gewaltverhältnisse nicht offen zutage liegen, sondern in subtilen, häufig von den Akteuren selbst nicht durchschauten Strukturen verankert sind. „So überschreitet schon der Ansatz ‚strukturelle Gewalt‘ Strukturelles und nimmt Gewalt als in Kultur eingebettet wahr.“ (Galtung 1997: 476) Die Menschen selbst würden in den Strukturen einen „Mangel an Bewusstsein“ über ihre Situation entwickeln, da die zugrunde liegenden Abhängigkeiten nicht personal, sondern im globalen Zusammenhang wirken. Dennoch ist strukturelle Gewalt nach Galtung in die Interaktionsmuster der internationalen Politik eingebettet und wirkt als kulturell wirksames Perzeptions- und Handlungsmuster. Dabei unterscheidet Galtung zwei „Archetypen“ der strukturellen Gewalt, die pyramidale (oder „Alpha“-) Struktur sowie die radförmige (oder „Beta“-) Struktur. Zugleich versucht er, die individuelle und die systemische Ebene miteinander zu verknüpfen. Alpha ist vertikal und beinhaltet eine Vielzahl von interagierenden Einheiten, während Beta horizontal angelegt ist. In der Alpha-Struktur sind den Individuen als Akteure Ränge in Bürokratien, Unternehmen und anderen größeren Organisationen zugewiesen; in der Beta-Struktur dieselben in eher horizontalen Strukturen von Verwandtschaft, Nachbarschaftsgruppen etc. Im Weltssystem entspricht die pyramidale Struktur umfassenden Allianzen, angeführt von mächtigen Organisationen (z. B. World Trade Organization, International Monetary Fund), die horizontale entspricht konföderativen, regional organisierten Systemen (z. B. Europäische Union). Die Frage spitzt sich für Galtung darauf zu, wie viel Strukturierung „zuviel“ und wie viel „zuwenig“ ist. Geht man davon aus, wie Galtung dies vorschlägt, dass sich strukturelle Gewalt in vier Dimensionen aufspaltet: vertikal, horizontal, beides zugleich oder keines von beiden, dann ergibt sich als Resultat: „Eine zu präferierende mentale, personale, soziale oder inter-soziale Konfiguration ist eine, die alle vier Fälle vermeidet.“ (Galtung 1997: 479)

Galtungs These, dass sich in den internationalen Beziehungen subtile Formen der Gewalt vorfinden lassen, die nicht immer offen zutage treten, hat, vor allem in der *Friedens- und Konfliktforschung* und bei Vertretern des *Human Security*-Ansatzes, viel Zustimmung erfahren. Besonders in der Problematisierung von kulturell vermittelten Formen der Abhängigkeit und daraus resultierenden Konfliktkonstellationen hat das Konzept Erklärungskraft, ohne allerdings den Anspruch einer Universaltheorie erfüllen zu können. Wie die von Galtung vorgestellte Matrix verdeutlicht, geht er zudem von einer Ubiquität von Gewaltverhältnissen aus. Ob sich die komplexen Zusammenhänge der internationalen Politik, beispielsweise auch die Rolle von internationalen Organisationen, tatsächlich auf das Konzept der strukturellen Gewalt reduzieren lassen, ist fraglich. Politische Prozesse wie Verhandlungen, Normbildung oder Normeinhaltung (*compliance*) werden dabei ebenso vernachlässigt, wie historische Prozesse des Wandels mit der Variabilität von gesellschaftlichen Abhängigkeiten. Kritisch kann auch eingewandt werden, dass sich Galtungs Theoretisierung im Rahmen strukturalistischer Gewaltdefinitionen bewegt. Neuere, post-strukturalistische und konstruktivistische

Ansätze halten dem entgegen, dass Gewalt nicht primär aufgrund objektiver, strukturell bestimmter Verhältnisse ausgeübt, sondern erst durch vielfältige kulturelle Praktiken erzeugt und fortgesetzt wird.

Das Ende des Ost-West-Konflikts, die politischen Umbrüche in Ost- und Osteuropa und das Aufsteigen neuer Mächte in Asien haben die Strukturen der Weltpolitik grundlegend verändert. Diese Veränderungen spiegeln sich auch in der theoretischen Auseinandersetzung um die Entwicklung des Weltsystems und in Theorieansätzen wider. Zu den einflussreichen und viel diskutierten neueren Interpretationen zählt dabei zunächst die These vom „Kampf der Kulturen“. Dabei geht es um die Frage von kulturell bestimmten Prozessen der *Inklusion und Exklusion* und daraus resultierenden Konfliktkonstellationen im Weltsystem. In den 1990er Jahren entwickelte der an der Harvard University lehrende Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington die Vorstellung, auf die Konfrontation der gesellschaftspolitischen Ideologien des Kalten Krieges folge der „clash of civilizations“ (Huntington 1997). Das Weltsystem sei durch einen globalen „Kulturkampf“ bestimmt, der von mehreren großen, global konkurrierenden Kulturen ausgetragen würde. Die acht großen Kulturen („civilizations“) der Welt stünden in Konkurrenz zueinander und trügen mehr oder weniger gravierende Grundsatzkonflikte aus; im Kampf um Hegemonie könnten sie Bündnisse eingehen, aber auch unversöhnlich aufeinanderprallen. Dabei unterscheidet Huntington acht große Kulturkreise: hinduistische, buddhistische, chinesische bzw. konfuzianische, muslimische, afrikanische, lateinamerikanische, orthodoxe und abendländische Kultur. Huntington betrachtet dabei vor allem den Aufstieg Chinas und den wachsenden Einfluss des islamischen Fundamentalismus als zentrale Herausforderung für „den Westen“. Seine größte Befürchtung ist, dass sich die „antiwestliche Hauptachse“, d. h. nach Huntington die „konfuzianisch-islamistische“ mit der „orthodox-hinduistischen“ Achse verbünden und damit das Gleichgewicht in „Eurasien“ gegen den Westen kippen könnte. Er hypostasiert eine Verschärfung der Konflikte zwischen den großen Kulturen („Bruchlinienkriege“) und fordert den Westen, und hier insbesondere die USA, zu einer aktiven Machtpolitik auf. „Ein weltweiter Kampf der Kulturen kann nur vermieden werden, wenn die Mächtigen dieser Welt eine globale Politik akzeptieren und aufrechterhalten, die unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigt.“ (Huntington 1997: 20)

Durch die terroristischen Anschläge auf New York und Washington im September 2001 schien sich die These vom Zusammenprall der westlichen, „christlichen Welt“ auf der einen mit der „muslimischen Welt“ auf der anderen Seite zu bestätigen. In ihrer popularisierten Version wurde die Interpretation eines auch mit Gewalt ausgetragenen „Kulturkampfes“ nicht nur in westlichen Ländern geteilt; vielmehr fand sie paradoxerweise auch unter islamistischen Fundamentalisten Widerhall, die mit ihrer antiwestlichen Rhetorik wiederum in westlichen Ländern die Befürchtung vor einem „gewalttätigen Islam“ und seine Ablehnung nährten.

Die Bedeutung von Kultur und Religion in den internationalen Beziehungen, auf die Huntington mit Nachdruck hinweist, kann nicht unterschätzt werden. Allerdings zeigt das Interpretationschema von Huntington auch gravierende Schwächen. So bleibt die Einteilung in die großen Kulturkreise unscharf; der Begriff der „Kultur“ ist vage und wird teilweise religiös, teilweise geographisch und teilweise politisch verwendet. Auch der konfliktzentrierte Ansatzpunkt („Kampf“, engl. „clash“) stieß auf Widerspruch, denn der Austausch und die gegenseitige Befruchtung von Kulturen wird in diesem Modell ebenso unterschlagen, wie die Tatsache, dass die meisten westlichen Gesellschaften heute multikulturelle Gesellschaften sind. Die eher pessimistische Sicht des Weltsystems bleibt außerdem dem staatszentrierten realisti-

schen Paradigma verhaftet; internationale Organisationen und regionale Kooperationen sind von nachrangiger Bedeutung und bleiben den machtpolitischen Interessen der großen Mächte (und hier besonders den Interessen der USA) untergeordnet. Weder die Herausforderung der „westlichen“ Welt durch die BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) passen in dieses Interpretationsschema, noch die Veränderungen in der arabischen Welt im Frühjahr 2011.

Im Gegensatz zu kulturalistisch fundierten Weltsystemansätzen gehen *Globalisierungstheorien* davon aus, dass die Strukturen der internationalen Beziehungen durch die Weltmarktentwicklung des Kapitals auf einer neuen Stufe bestimmt werden. Politik und Ökonomie stehen im Mittelpunkt dieser Theorieansätze. Neue Formen von Produktion, Handel und Kommunikation regulieren dabei nicht nur die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, sondern sie strukturieren auch die politischen Beziehungen zwischen Staaten. Im Zentrum der internationalen Beziehungen stehen daher bei den Globalisierungstheorien Weltmarkt- und Kapitalbeziehungen; gekoppelt ist diese Sichtweise mit der Annahme, dass die Bedeutung des klassischen Nationalstaates ohnehin ständig abnimmt. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1996) beschreiben diesen Prozess der Globalisierung als „Entbettung“ („disembedding“) von Politik und Ökonomie. Internationale Beziehungen sind in dieser Denkrichtung primär als Ergebnis der Globalisierung des Kapitalismus zu betrachten. Die politischen Ökonomen Altvater und Mahnkopf beschreiben Globalisierung „als Beschleunigung in der Zeit und indem Räume erobert werden, die vor gar nicht langer Zeit dem menschlichem Zugriff verborgen waren.“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 11) Der Begriff umschreibe „die tendenzielle ‚reductio‘ der vielen Gesellschaften in der Welt ‚ad unum‘, zu einer sich globalisierenden Gesellschaft ... Wenn Gesellschaften sich nämlich durch Grenzen auszeichnen, die sie gegenüber einer Umwelt absetzen, dann sind diese im Zuge der Globalisierung durchlässiger geworden oder gar verschwunden“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 12). Wie die Studie feststellt: „Aus der Perspektive des Weltsystems erscheint der Prozess der Globalisierung als zunehmende Integration von Regionen und Nationen in den Weltmarkt.“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 21) Dieser Prozess verläuft auf mehreren Ebenen: „Drei Ebenen, auf denen ökonomische und politische Artikulationsmuster entstehen, können unterschieden werden: (1) Zwischen Nationen und Nationalstaaten bilden sich selbstverständliche *transnationale Beziehungen* (und Gegensätze) heraus. Die Gesamtheit der Nationalstaaten bildet (2) das *internationale System*, reguliert durch hegemoniale Mächte und internationale Normen, Regeln, Institutionen, Verträge. Erst wenn (3) globale Interdependenz entstanden, eine Geoökonomie entwickelt ist, erlangt die Perspektive des *globalen Systems* gegenüber der Sichtweise des Nationalstaates (im Singular) und der Nationalstaaten (im Plural des internationalen Systems) Bedeutung“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 37). Eine Kernfrage in der Diskussion um die Globalisierung betrifft die Rolle, die Staaten für die Volkswirtschaft spielen. Nach Altvater und Mahnkopf nimmt die Bedeutung des Staates durch den Verlust von Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten im ökonomischen Prozess ab. Politisch führe dies zur Durchsetzung der „Autorität des Marktes“ und zum Verlust von demokratischen Einflussmöglichkeiten. „Globalisierung heißt ja nichts anderes, als dass Entscheidungen aus der politischen Verantwortung entlassen und privaten Mächten überantwortet werden, die sich nicht gegenüber einem ‚Wahlvolk‘ zu verantworten haben.“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 543) Ökologisch führe die Globalisierung zur Übernutzung von Gemeingütern, wie Wasser, Luft und Boden, ein Prozess, dem nur durch wirksame Rahmenabkommen bzw. die Einrichtung von Umweltschutz-Regimen und eine internationale politische Steuerung („*global governance*“) begegnet werden könne. Altvater

und Mahnkopf, die sich auch kritisch mit Korruption und Wirtschaftskrise auseinandergesetzt haben, fordern, den Prozess der Globalisierung durch aktives politisches Handeln im globalen Kontext einzuhegen und wenden sich damit explizit gegen neoliberale Strategien, die eine politische Steuerung ablehnen.

Dabei verfolgten die westlich-kapitalistischen Länder eine Politik der Macht-Sicherung und Gewinn-Maximierung gegenüber den Dritte-Welt-Ländern, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer und politischer Hinsicht. Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert beschreiben das mit der Globalisierung verknüpfte Problem der *ungleichen Machtverteilung* in der Welt folgendermaßen: „Mächtige transnationale Produktionsstrukturen haben sich herausgebildet. Kein wichtiger Industriezweig der Gegenwart kann sich ausschließlich auf nationaler Grundlage entwickeln und durchsetzen. Mächtige Konzerne, ‚Systemführer‘; stehen an der Spitze der transnationalen Hierarchie. Sie ordnen weltweit die in unterschiedlichen Nationen angesiedelten vor- und nachgelagerten Tätigkeiten, die notwendig geworden sind, um komplexere Güter oder Dienstleistungen herzustellen. Es handelt sich um Güter, die für den heutigen Massenkonsum unentbehrlich sind, wie Flugzeuge, Autos, Satelliten, Trägerraketen, Informations- und Unterhaltungsgeräte u. ä. m. Diese neue Hierarchie legt die gesellschaftliche Stellung und das Einkommen derjenigen fest, die an transnationalen Produktionsprozessen beteiligt sind, und bestimmt, wer aus ihnen herausfällt ... Schließlich führt diese Hierarchie zu einer Rangfolge von Nationen. Der Platz in dieser Hierarchie bestimmt, ob die Nationen reiche oder arme, aufsteigenden oder absteigende, industrielle oder ‚unterentwickelte‘ Nationen werden.“ (Narr/Schubert 1994: 12) Kein Staat der Welt und kein Staatenverbund vermag eine ordnende Funktion nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu übernehmen; auch den Vereinten Nationen stehen die Autoren kritisch gegenüber. „Die Globalität verstärkt die Gefahren einer weiteren ‚systematischen Brutalisierung‘.“ (Narr/Schubert 1994: 13) Problematisch an den Weltsystem-Ansätzen bleibt aber das Primat der Ökonomie, denn politische Gestaltungsmöglichkeiten, die Rolle von politischen Akteure oder kulturelle Deutungsmuster weltpolitischer Entwicklungen werden vernachlässigt.

Schließlich werden auch im Zuge der Globalisierung nationale und regionale politisch-kulturelle *Besonderheiten der Entwicklungswege* zu berücksichtigen sein. Diese Perspektive wird vor allem in den Ländern Asiens, die in der Weltökonomie eine immer größere Bedeutung erlangen, intensiv diskutiert. In China entwickelte der chinesische Wissenschaftler Yu Keping, Leiter des *Center for Chinese Government Innovation* und Regierungsberater, beispielsweise die Vorstellung eines autonomen Weges zu Demokratie und Erneuerung in China. In einem vielbeachteten Essay „Democracy is a Good Thing“ erläutert er Vorteile, aber auch die Schwierigkeiten einer demokratischen Staatsform und betont zugleich, dass die Umsetzung von demokratischen Idealen von den landesspezifischen Besonderheiten ausgehen müsse, die die politischen und kulturellen Voraussetzungen des Landes berücksichtigt. „Democracy is a good thing, but that is not to say that democracy comes unconditionally. Implementing democracy requires the corresponding economic, cultural and political conditions; to promote democracy unconditionally will bring disastrous consequences to the nation and its people. Political democracy is the wave of history; it is the inevitable trend for all nations of the world to move toward democracy. But the timing and speed of the development of democracy and the choice of the form and system of democracy are conditional. An ideal democratic system must not only be related to the economic state and level of development of society, the regional politics and international environment, it must also be intimately related to the national tradition of political culture, the quality of politicians and the

people, and the daily customs of the people... Our construction of political democracy must be closely integrated with the history, culture, tradition and existing social conditions of our nation.“ (Yu Keping, 2006) China ist insofern ein interessantes Beispiel für den Einfluss von kulturellen und historischen Besonderheiten in Modernisierungspfaden, da das Land seine ökonomischen Potenzen sehr rasch und mit marktwirtschaftlichen Prinzipien im Rahmen eines autoritären Staatssystems entwickelt. China hat damit einen eigenen Pfad auf dem Weg in die Moderne eingeschlagen.

Literatur

Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996 (7. Aufl., Münster 2007)

Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1982

Galtung, Johan: „Strukturelle Gewalt“, in: Albrecht/Volger: Lexikon der Internationalen Politik, München 1997, S.475–480

Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1997 (engl. The Clash of Civilizations, New York 1996)

Narr, Wolf-Dieter/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a. M. 1994

Scherrer, Christoph: „Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik“, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden 2003, S. 465–494

Wallerstein, Immanuel: „Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse“, in: Dieter Senghaas (Hg.): Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt a. M. 1979, S. 31–67

Yu Keping: „Democracy is a Good Thing“, Beijing Daily News, 23. Oktober 2006
(online: http://www.zonaeuropa.com/20070109_1.htm (aufgerufen am 11. September 2007))

1.5.6 Postmoderne und Konstruktivismus

Während die bisher vorgestellten Theorien und Ansätze kausale Zusammenhänge und große Strukturen in der Weltpolitik fokussieren, geht es den unter dem Begriff der postmodernen Theorieansätze zusammengefassten Autoren in erster Linie um eine Kritik und Dekonstruktion dieser Sichtweise auf die Disziplin der Internationalen Beziehungen. „Critical international relations“ als *kritische Theorieströmungen* gewannen zunächst im englischsprachigen Raum, zunehmend dann auch in Deutschland, an Bedeutung, wobei hierzu die postmodernen, poststrukturalistischen und feministischen Ansätze gerechnet werden (vgl. auch Scherrer 1994). *Postmoderne Ansätze* entwickelten sich zunächst in anderen Disziplinen wie der Literaturwissenschaft, der Philosophie, der Linguistik und der Kulturgeschichte, bevor sie auch in der Politischen Wissenschaft Beachtung fanden. Im Jahr 1989 erschien der erste explizit postmodern ausgerichtete Sammelband „International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics“, der von James Der Derian und Michael J. Shapiro herausgegeben wurde. Kurz darauf, im Jahr 1990 widmete sich ein Sonderheft der Zeitschrift „International Studies Quarterly“ der Postmoderne in den Internationalen Beziehungen unter dem Titel „Speaking the Language of Exile: Dissidence in International Studies“, herausgegeben von einem der bekanntesten amerikanischen Theoretikern der postmodernen Analyse interna-

tionaler Politik, Richard K. Ashley (vgl. Burchill/Linklater 1996). Ashley hatte sich in seinen Arbeiten zunächst auf die kritische Theorie von Jürgen Habermas bezogen, sich dann aber zunehmend auf französische Poststrukturalisten gestützt; sein Theorieansatz knüpft unter anderem an die Arbeiten von Pierre Bourdieu und Michel Foucault an. Inzwischen ist das Spektrum postmoderner Ansätze breit gefächert. Diese Theorieansätze sind als „kritische Theorie“, vereinzelt auch als subversive Theorie zu verstehen, welche von der Peripherie der Welt her und quer zu ihr gebildet wird; eine große, umfassende „Meta-Erzählung“, d. h. eine Großtheorie, ist aus dieser Perspektive nicht erstrebenswert.

Der Anspruch der postmodernen Ansätze besteht darin, Begrifflichkeiten zu *dekonstruieren* und zu versuchen, Kontexte von Macht durch Diskursanalyse zu hinterfragen, um eine neue Sicht auf die internationale Politik zu eröffnen. Insofern zielt die postmoderne Diskussion zunächst auf die Entwicklung einer anderen Herangehensweise an die Analyse internationaler Beziehungen, wie dies Der Derian erläutert, indem er schreibt: „international relations is undergoing an epistemological critique which calls into question the very language, concepts, methods, and history (that is the dominant discourse) which constitutes and governs a ‘tradition’ of thought.“ (Der Derian, hier zitiert nach Burchill/Linklater 1996: 180) Postmoderne Theorien betrachten die Begriffe selbst als Teil des durch Machtverhältnisse konstituierten Wissens. Weder Theorien und Diskurse noch Institutionen sind „objektiv“ oder für sich zu analysieren, sondern sie sind eingebettet in die vorherrschenden Machtverhältnisse. Daher tragen herkömmliche Theorien zum Erhalt des *status quo* bei. Postmoderne Theoriebildung wird dagegen nicht als Entwicklung eines Gefüges von intersubjektiv überprüfbaren Aussagen verstanden, sondern als ein Prozess, der die Entstehung von „Texten“ hinterfragt und nach ihren verborgenen Bedeutungen („Spuren“) sucht.

Anstelle der Entwicklung einer großen, kohärenten postmodernen Theorie geht es den Autoren vielmehr darum, durch Dekonstruktion von Begriffen sowie durch „double reading“ die Vieldeutigkeit von Konzepten und Kategorien aufzuzeigen und damit Widersprüche deutlich zu machen. Daher bilden *Texte* den Stoff ihrer wissenschaftlichen Auseinandersetzung, nicht politische Strukturen oder soziale Prozesse. Wie Robert Ashley ausführt, wird das zentrale Konzept der anarchischen Struktur der Staatenwelt in der internationalen Politik von politischen Eliten behauptet, um die Idee der Souveränität von Staaten abzusichern. Nach seiner Auffassung beruht das Souveränitätsmodell darauf, innere Opposition und Differenz auszugrenzen, zu unterdrücken. Es kann also nicht Ausgangspunkt der Analyse internationaler Politik sein, sondern muss als Gegenstand einer wissenschaftlichen Dekonstruktion gelten. Eine weitere Grundannahme ist die der historischen Kontingenz. Der Staat ist ein Konstrukt, das niemals vollständig gegeben, sondern relativ in Raum und Zeit ist. „This leads to an interpretation of the state as always in the process of being constituted, but never quite achieving that final moment of completion. The state is never constituted once and for all time; it is an ongoing political task.“ (Burchill/Linklater 1996: 200)

Das Erkenntnisinteresse postmoderner Analytiker besteht primär darin, die Pluralität und Differenziertheit der Welt theoretisch zu konzeptualisieren und diese Sichtweise zu radikalisierten. In einem einschlägigen Lehrbuch über Theorien internationaler Politik werden als Forschungsthemen exemplarisch die Problematik von Gewalt als ein den internationalen Beziehungen inhärentes Moment, die Konstruktion von Grenzen und Entgrenzungen und die Konstruktion von Identitäten durch Diskurse und Praktiken genannt (Burchill/Linklater 1996: 179f.).

Zu den neueren Theorieströmungen zählt heute schließlich der *Konstruktivismus*, der in verschiedenen Varianten in der Theoriebildung vorkommt. So lässt sich in der theoretischen Positionierung ein „sozialer Konstruktivismus“ (Peter Katzenstein) und ein „radikaler Konstruktivismus“ (Thomas Diez) unterscheiden. Eine andere Differenzierung in der internationalen Politik benennt eine „realistische Variante“ (Alexander Wendt) und eine „institutionalistische Variante“ (Peter Katzenstein, Thomas Risse, Harald Müller). Dabei hat sich in Deutschland vor allem der Sozialkonstruktivismus als richtungsweisender theoretischer Ansatz durchsetzen können.

Konstruktivistische Ansätze nehmen an, dass die politische Welt sozial konstruiert ist. Daher stehen Akteure sowie deren Normen und Werte, und die Logik sozialen Handelns im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Zugespitzt formuliert entsteht und entwickelt sich die politische Welt im Bewusstsein und durch das Handeln der Akteure (Onuf 1989). Alle Erkenntnis ist für die Konstruktivisten daher relationaler Natur, d. h. abhängig von Raum und Zeit. Deshalb wird grundsätzlich von einer Historizität sozialer und politischer Realitäten ausgegangen, welche als kontextabhängig, historisch kontingent und variabel verstanden wird. Die Strukturen der internationalen Politik sind daher von sozialen Handlungen der Akteure, den normativen Regeln, auf die sich Akteure einigen, und den Diskursen, in denen sie sich über Inhalte und Begriffe verständigen, bestimmt. Selbst politische Institutionen folgen dieser konzeptionellen Logik. Sie sind „geronnene“ Resultate diskursiver Prozesse.

Das konstruktivistische Forschungsprogramm geht davon aus, dass internationale Organisationen durch die Praktiken von Akteuren existieren, die sich Regeln und Normen geben. Ideen, Interaktionen und Intersubjektivität sind institutionelle Grundlagen der Konstruktion von Realität. Das Handeln der politischen Akteure ist durch spezifische Werte und Normen geprägt, welche im Kontext der gegebenen sozialen und institutionellen Bedingungen entstehen und von ihnen abhängig sind. Sie stellen eine intersubjektive Bedeutung in politischen Zusammenhängen her. Verändern sich diese grundlegenden Normen, kann sich auch das Handeln der Akteure verändern. Alexander Wendt (1992) fasst diesen Gedanken zusammen, indem er schreibt, dass die „Anarchie“ der internationalen Beziehungen erst von Staaten „konstruiert“ wird. „A world in which identities and interests are learned and sustained by intersubjectively grounded practices, by what states think and do, is one in which ‘anarchy is what states make of it’. States may have made that system a competitive, self-help one in the past, but by the same token they might ‘unmake’ those dynamics in the future.“ (Wendt 1992: 183) Zentrale Themen des Konstruktivismus sind soziale Identitätsbildungen, insbesondere von politischen Eliten, die Bedeutung von kollektiven Normen und Regeln, Sprache und, in Anlehnung an die analytische Sprachphilosophie Ludwig Wittgensteins, „Sprachspiele“. Der Begriff des „Sprachspiels“ bedeutet, dass das Sprechen ein Teil einer Tätigkeit oder Lebensform ist. Wittgenstein unterscheidet dabei verschiedene Sprachspiele: „Bitten, Danken, Fluchen, Grüßen, Beten“. Wie im Schachspiel die Bewegung der Figuren, so werden in der Sprache die Wörter durch Regeln festgelegt. Worte erhalten ihre Bedeutung zugleich nur im Kontext von Sprecher und Umgebung.

Indem die Normen, die sich in Diskursen vorfinden, analysiert werden, können der Prozess der intersubjektiven Realitätsbildung nachvollzogen und kommunikative Praktiken aufgezeigt werden. „Norms not only establish certain games and enable the players to pursue their goals within them, they also establish inter-subjective meanings that allow the actors to direct their actions towards each other, communicate with each other, appraise the quality of their actions, criticize claims and justify choices.“ (Kratochwil 1993: 75) In einer ihrer Arbeiten

argumentieren Friedrich Kratochwil und Ray Koslowski, ebenfalls Vertreter des Konstruktivismus, dass Veränderungen von Werten und von Praktiken („beliefs and practices“) einen Wandel in der internationalen Politik hervorrufen könnten (Koslowski/Kratochwil 1995). Konzeptionell bedeutet dies, dass ein Wertewandel *vor* historischen Veränderungen in der Politik herausgefunden und untersucht werden muss. Konstruktivistische Ansätze sind daher dann besonders aussagefähig, wenn sich die Analyse auf bereits abgelaufene Entwicklungen oder Zusammenhänge bezieht. Sie sind dagegen weniger in der Lage, prospektiv Handlungsalternativen aufzuzeigen und verzichten darauf, politisch handlungsanleitend oder steuernd in den politischen Prozess einzugreifen.

Der Konstruktivismus stellt nach seinem Selbstverständnis keine eigenständige Theorie der internationalen Beziehungen dar. Er wird sowohl mit dem Neo-Realismus kombiniert (z. B. Wendt), als auch mit dem liberalen Institutionalismus (z. B. Katzenstein). Zugleich betont der Konstruktivismus in der Debatte um „*structure*“ und „*agency*“, Struktur und Handlung, die ideellen Bewegungsmomente der internationalen Politik, d. h. er richtet sich gegen funktionalistische und strukturalistische Erklärungsansätze. Ein zentrales Forschungsfeld der Konstruktivisten sind auch internationale Organisationen (Ruggie 1998; Risse 2003; Risse 2009). Als Forschungsprogramm – und nicht als Theorie konzipiert – überschneidet sich der Konstruktivismus mit anderen neueren Strömungen, vor allem der feministischen Analyse Internationaler Beziehungen. Die Übergänge zwischen diesen Forschungsschwerpunkten sind teilweise fließend.

Der Einfluss konstruktivistischer Theorieansätze in der *deutschen Forschung* über Internationale Beziehungen ergibt sich zum einen daraus, dass sie mit anderen sozialwissenschaftlichen Theorien kompatibel sind, die gerade in Deutschland breite Rezeption gefunden haben; dies gilt besonders für die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas. Zum anderen haben sie im Schnittpunkt zwischen theoretischer Konzeptionalisierung und empirischer Forschung besonders fruchtbar eingesetzt werden und tragfähige Ergebnisse erzielen können (z. B. Fehl 2009; Schimmelfennig 2001). Dabei positionieren sich Konstruktivisten durchaus offen gegenüber anderen Theoremen und Paradigmen. Der Berliner Politikwissenschaftler Thomas Risse (2009) hebt in einer Auseinandersetzung mit den Unterschieden zwischen Rationalismus und Konstruktivismus dementsprechend hervor, dass es sich bei beiden nicht um „Theorien“ der Internationalen Beziehungen handelt, sondern um die Thematisierung unterschiedlicher Logiken des sozialen Handelns. Das heißt, die Auseinandersetzung zwischen beiden Ansätzen hat nicht die Beschaffenheit der Welt an sich zum Inhalt – wie etwa die Auseinandersetzung zwischen Realisten und Idealisten – sondern fokussiert unterschiedliche Handlungslogiken in der Politik. Eine theoretische Polarisierung zwischen den beiden Ansätzen liefe Gefahr, an der empirischen Wirklichkeit und an der eigentlichen Aufgabe der Forschung über Internationale Beziehungen, der Erklärung konkreter Phänomene, vorbeizulaufen. Auf der empirischen Ebene habe sich herausgestellt, so Risse, dass beide Handlungslogiken oftmals nicht voneinander zu trennen sind, bzw. ineinander verschränkt vorkommen; beide Konzepte könnten sich so ergänzen. Exemplarisch zeigt Risse dies in den Themenfeldern „Wirkung und Normen“, „Sozialisation“ und „kollektive Identitäten“ auf. Dadurch ergeben sich theoretische „Brückenschläge“ zwischen Konstruktivismus und Rationalismus (Risse 2003).

Literatur

- Ashley, Richard K./R. B. Walker: „Speaking the Language of Exile: Dissidence in International Studies“, in: *International Studies Quarterly*, 34. Jg./1990, H. 3, S. 259–417
- Burchill, Scott/Andrew Linklater (Hg.): *Theories of International Relations*, New York 1996 (4. Aufl., New York 2009)
- Der Derian, James/M. J. Shapiro (Hg.): *International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics*, Lanham, MD 1998
- Fehl, Caroline: „Explaining the International Criminal Court: A ‘Practice Test’ for Rationalist and Constructivist Approaches“, in: Roach, Steven C. (Hg.): *Constructivism, Ethics, and the International Criminal Court: Between Realpolitik and the Global Rule of Law*, Oxford University Press 2009
- Koslowski, Ray/Friedrich V. Kratochwil: „Understanding Change in International Politics“, in: Richard Ned Lebow/Thomas Risse-Kappen (Hg.): *International Relations Theory and the End of the Cold War*, New York 1995, S. 127–166
- Kratochwil, Friedrich V.: *Rules, Norms, and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge 1991
- Kratochwil, Friedrich V.: „The Embarassement of Changes: Neo-Realism as the Science of Realpolitik without Politics“, in: *Review of International Studies* 19/1993, S. 75f.
- Kratochwil, Friedrich V./John Ruggie: „International Organization. The State of the Art“, in: Paul F. Diehl (Hg.): *The Politics of Global Governance. International Organizations in an Interdependent World*, Boulder 2010, S. 29–39
- Onuf, Nicholas Greenwood: *World of Our Making. Rules and Rule in Social Theory and International Relations*, Columbia: University of South Carolina Press 1989
- Risse, Thomas: „Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde“, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 2003, S. 99–132
- Risse, Thomas: „Social Constructivism and European Integration“, in: Antje Wiener/Thomas Diez (Hg.): *European Integration Theory*, Oxford 2009, S. 144–162
- Ruggie, John: *Constructing the World Polity*, London 1998
- Scherrer, Christoph: „Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der internationalen Beziehungen“, in: *Prokla*, H. 95/1994, S. 303–323
- Schimmelfennig, Frank: „The Community Trap. Liberal Norms, Rhetorical Action and the Eastern Enlargement of the EU“, in: *International Organization* 55(1), 2001, S. 47–80
- Tickner, J. Ann: „Identity in International Relations Theory: Feminist Perspectives“, in: Josef Lapid/Friedrich Kratochwil: *The Return of Culture and Identity in IR Theory*, Boulder Col./London 1996, S. 147–162
- Wendt, Alexander: „Anarchy is What States Make of it. The Social Construction of Power Politics“, in: *International Organization*, No.45/1992, S. 391–426

1.5.7 Gender-Ansätze in Internationalen Beziehungen

Mit dem Begriff *Gender*-Ansätze sind Forschungsarbeiten gemeint, die eine geschlechtersensible Perspektive einnehmen und diese als zentrale Dimension der Analyse internationaler Politik entwickeln. Der aus der englischsprachigen Literatur übernommene Begriff *Gender* bezeichnet die soziale Konstruktion von Geschlechterverhältnissen, die im sozialen Handeln

und in politischen Institutionen eingeschrieben sind. Regina Becker-Schmidt gibt für den *Gender*-Ansatz folgende Definition: „Der Begriff ‚gender‘ zielt auf die soziale Konstruktion von Rollen und Attributen ab, die als geschlechtsspezifisch normiert werden. ‚Gender‘ soll ausdrücken, dass sowohl die Dichotomisierung als auch die inhaltliche Festlegung von ‚Weiblichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘ durch gesellschaftliche Mechanismen – genauer Machtmechanismen – zustande kommen.“ (Becker-Schmidt 1993: 38) Geschlechterbeziehungen sind nach dieser Definition nicht „natürlich“ gegeben, sondern in einem historisch und kulturell vermittelten Prozess über Erziehung, Bildung und andere sozialen Institutionen konstruiert. *Gender*-Forschungsansätze befassen sich daher nicht nur mit individuellen Geschlechterverhältnissen, sondern auch mit Institutionen, Werten und Normen sowie kulturell vermittelten Deutungsmustern.

Es hat sich gezeigt, dass die Geschlechterperspektive heute für das Verständnis vieler globaler Probleme und Konflikte zentral ist. In den internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, und in internationalen NGOs (*non-governmental organizations*) ist *Gender* inzwischen ein Schlüsselbegriff für globale Programme und Projekte, auch durch die Strategie des *gender-mainstreaming*, welche darauf abzielt, alle Maßnahmen unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen zu prüfen. Mit ihren Aktionen und Erklärungen haben die Vereinten Nationen dazu beigetragen, sexuelle Gewalt zu ahnden, Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen und geschlechtsbedingte soziale Ungleichheiten abzubauen.

Die *Gender*-Forschung nimmt an, dass Geschlechterverhältnisse kein Sonder- oder Randproblem der internationalen Politik darstellen, sondern als konstitutives Element globaler Prozesse und Zusammenhänge aufgefasst werden müssen. „Eine solche These geht davon aus, dass *gender* nicht nur individuelle Geschlechtsidentität bestimmt, sondern als strukturelles Konzept in alle Bereiche gesellschaftlichen, politischen und damit auch internationalen Handelns hineinwirkt.“ (Locher 1997: 1) Da Geschlechterverhältnisse in der Regel auch Machtverhältnisse konstituieren, ist es für die meisten Arbeiten dieser Forschungsrichtung darüber hinaus charakteristisch, nicht nur nach den Ursachen ungleicher Machtverhältnisse zu fragen, sondern im normativen Sinne Möglichkeiten der Beseitigung von diskriminierenden Praktiken, sozialen Ungleichheiten oder Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen.

Konzeptionell ist *Gender* in der Analyse internationaler Beziehungen auf drei Ebenen bezogen: die Mikroebene von sozialen Geschlechterverhältnissen, die nationale Ebene mit der Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten, und schließlich die globale Ebene der internationalen Organisationen, transnationalen Akteure, Bewegungen und Netzwerke.

Die dominanten Denkschulen und Ansätze der internationalen Politikanalyse, wie Neo-Realismus, liberaler Institutionalismus oder Weltsystemtheorie hatten Probleme der Geschlechterverhältnisse zunächst weitgehend unberücksichtigt gelassen. Die Kategorien und Grundannahmen waren scheinbar „geschlechtsneutral“ gewählt. Dies entsprach einer politischen Realität, in der die internationalen Beziehungen als „high politics“ verstanden und die „Haupt- und Staatsaktionen“ der internationalen Politik mehrheitlich von (Staats-) Männern gestaltet wurden. Traditionell waren Diplomatie und Außenbeziehungen, Militär- und Sicherheitspolitik sowie die Außenwirtschafts- und Finanzpolitik Bereiche, in denen Frauen kaum eine Rolle spielten. Mit der Globalisierung, in deren Kontext scheinbar unumstößliche Kategorien, wie Macht und nationales Interesse, Staat und Souveränität, Wirtschaft und

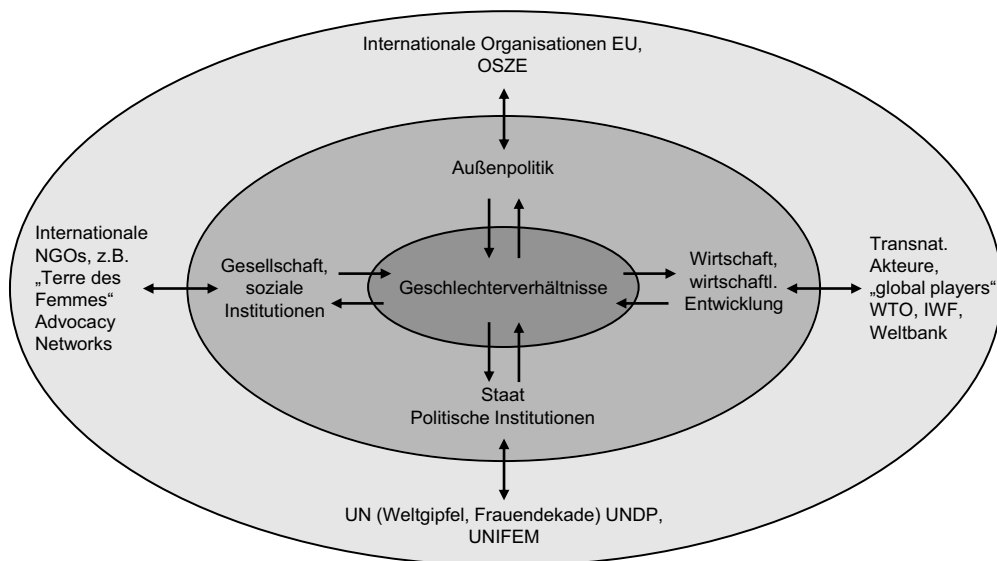


Abb. 1.1: Geschlechterverhältnisse und globale Politik
 Quelle: Christiane Lemke, Gender und Globalisierung, gender politik online 2003
 (<http://web.fu-berlin.de/gpo/globalisierung>)

Wohlstand, zunehmend unscharf wurden und transnationale Prozesse an Bedeutung gewannen, gerieten traditionelle Ansätze der Analyse internationaler Beziehungen in die Kritik. Jenseits von Nationalstaatlichkeit und Weltsystem bot sich neben den rationalistisch-strukturellen Ansätzen an, nach neuen Kategorien und Ansätzen zu fragen. In der Verbindung mit konstruktivistischen und sozialwissenschaftlichen Theoremen gewann dabei auch die kritische *Gender*-Forschung an Profil.

Die Theoriebildung im Bereich *Gender* und Internationale Beziehungen geht auf Forschungsarbeiten zurück, die als kritisches Korrektiv zu herkömmlichen Theorieansätzen der Internationalen Beziehungen konzipiert und bereits Mitte der 1980er Jahre zunächst im angelsächsischen Raum entwickelt wurden. Im Jahr 1988 veröffentlichte die britische Zeitschrift für internationale Politik „Millennium“ ein Sonderheft, in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Ansätze erstmals breiter wissenschaftlich diskutierten, und leitete damit eine kontroverse Diskussion über „*Gender and International Relations*“ ein. Der kritische Ansatzpunkt bestand darin, Leerstellen in den dominanten Denkschulen der internationalen Politik aufzudecken und auch erkenntnistheoretisch neue Wege zu beschreiten. „Dabei wird deutlich, dass die überlieferte IB-Theorie (Theorie Internationaler Beziehungen – CL) keineswegs so geschlechtsneutral ist, wie sie sich gibt, sie hat weibliche Lebensrealität und Sichtweisen vernachlässigt. Schaut man auf die Frauen oder auf die Geschlechterverhältnisse, dann entsteht in der Tat ein differenziertes, ein anderes Bild ... Auch der Staat und die für die Außenpolitik relevanten Institutionen repräsentieren Asymmetrien im Geschlechterverhältnis, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Mit der Dominanz der Männer verbindet sich ein Übergewicht des jeweils vorherrschenden Verständnisses von Männlichkeit, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik.“ (Krell 2009: 213).

Theoretisch knüpft die *Gender*-Analyse Internationaler Beziehungen an die feministische Kritik der in der westlichen Welt vorherrschenden Unterscheidung binärer Gegensätze wie öffentlich-privat, rational-emotional, Selbst-Anderer, Vernunft-Gefühl an, die in der Gesellschaft kulturell als „männlich“ oder „weiblich“ kodiert werden. Im breit aufgefächerten Spektrum feministischer Theorien kann dabei unterschieden werden zwischen liberalem, radikalem, poststrukturalistischem und kritischem Feminismus (vgl. D'Amico 1994). Aus der Perspektive der Geschlechterforschung ergibt sich: „Through a feminist lens, the traditional generic actors and units of analysis in IR (International Relations – C.L.), statesmen and national states in the context of an international system are revealed as gendered social constructions which take specifically masculine ways of being and knowing in the world as universal.“ (True 1998: 227) Dementsprechend war der öffentliche Raum als politische Sphäre in der Staatstheorie mit der aufkommenden Moderne zunächst als „männlich“ konzipiert und dem privaten, familiären Bereich entgegengesetzt worden, und selbst heute wird die Gegenüberstellung des Politischen und des Privaten mit Stereotypen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ überzogen. Diese Gegensätze werden als *soziale Konstrukte* verstanden, die dazu beitragen, dass Geschlechterunterschiede aufrechterhalten und Ungleichheiten verfestigt werden. Deshalb legen Gender-Ansätze Wert darauf, dass theoretische Begriffe und Konzepte zunächst kritisch hinterfragt und dekonstruiert werden, um das „unsichtbare Geschlecht“ zu enthüllen. Die Beziehung zwischen feministischer Theorie und der *Gender*-Forschung im Bereich Internationale Beziehungen erläutert die amerikanische Politikwissenschaftlerin J. Ann Tickner folgendermaßen: „Die Bezugnahme auf feministische Theorien ... könnte uns helfen, diese Konzepte in einer Form neu zu formulieren, die uns andere Perspektiven eröffnet, um unsere gegenwärtigen Sicherheitsprobleme zu lösen. Mit der Behauptung, dass das Persönliche politisch ist, haben uns feministische Wissenschaftler/-innen auf die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat in der Innenpolitik aufmerksam gemacht: Diese künstliche Grenzunterscheidung auch in der Außenpolitik zu untersuchen, könnte ein neues Licht auf Unterscheidungen in der internationalen Politik werfen, wie die zwischen Anarchie und Ordnung, die ein wesentlicher Bestandteil des konzeptionellen Ansatzes des realistischen Diskurses sind.“ (Tickner 2000: 381)

In den *Gender*-Analysen ging es konzeptionell zunächst darum, die Erfahrungswelt von Frauen in der internationalen Politik sichtbar werden zu lassen. „*To read women in*“, Frauen in die Internationalen Beziehungen „einzulesen“, bildete einen wichtigen ersten Schritt, wobei herkömmliche Theorien und Paradigmen hinterfragt und das Ausblenden von Frauen aus Theorien und Modellen Internationaler Beziehungen problematisiert wurden. Cynthia Enloe zeigte in ihrem viel beachteten Buch „*Bananas, Beaches, Bases*“ (1989) beispielsweise auf, wie die Männerwelt der „großen Politik“ abhängig ist von weiblicher „Zuarbeit“, von der Mitarbeit der Diplomaten-Gattinnen in der stillen Diplomatie, über die Arbeit von Landarbeiterinnen auf den Bananen-Plantagen internationaler Konzerne, bis hin zu den sexuellen Diensten von Prostituierten am Rande von Militärbasen. Mit ihren ungewöhnlichen Fallbeispielen legte Enloe Wert auf einen Zugang zur internationalen Politik, der sich von herkömmlichen Studien abhob, indem sie das gewöhnliche Leben der Frauen „von unten“ schilderte, um damit die in der internationalen Politik übliche und vor allem vom Neo-Realismus theoretisierte Unterscheidung zwischen „high politics“ (Außen- und Sicherheitspolitik) und „low politics“ (Sozial- und Gesellschaftspolitik) in Frage zu stellen.

Das Ausblenden der Lebensrealität von Frauen ist nach feministischem Verständnis nicht nur durch die verschwindend geringe Zahl von Forscherinnen im Bereich der Internationalen

Beziehungen zu erklären. Vielmehr argumentierten die Wissenschaftlerinnen, dass es durch die *Definition des Gegenstandsbereichs* bereits zu einer Ausgrenzung von Frauen und der Thematisierung von Geschlechterbeziehungen kommt. Wie Rebecca Grant und Kathleen Newland (1991) beispielsweise argumentieren, konzentrieren sich Theorien Internationaler Beziehungen zu stark auf die „Anarchie“ in der internationalen Politik. Durch die Unterscheidung von „high politics“ und „low politics“ werde bereits eine theoretische Vorannahme getroffen, indem der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein höherer Rang zugewiesen wird, als beispielsweise den globalen sozialen oder ökologischen Problemen. Die Lebenszusammenhänge, die vor allem für Frauen und die Reproduktion von Gesellschaften wichtig sind, würden in der internationalen Politik somit marginalisiert oder gänzlich ausgeblendet. Auch würden herkömmliche Theorien solche strategischen Entscheidungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Mittelpunkt stellen, die auf Konkurrenz-Modellen beruhen und die permanente Furcht hypostasieren. Theorien Internationaler Beziehungen seien „excessively focused on conflict and anarchy and a way of practicing statecraft and formulating strategy that is excessively focused on competition and fear.“ (Grant/Newland 1991: 5) Damit würden die hierarchischen Beziehungen zwischen den Geschlechtern perpetuiert, in denen Männer in der Regel „schützende“, öffentlich-politische Funktionen einnehmen, während Frauen auf den privaten, „abhängigen“ Bereich verwiesen werden, und Potentiale kooperativer Problembearbeitung unausgeschöpft bleiben.

Dem Anspruch nach geht es den *Gender*-Ansätzen über die Sichtbarmachung bislang vernachlässigter Zusammenhänge auch um die Kritik von *Grundbegriffen* der internationalen Politik. In diesem Sinne können *Gender*-Ansätze als ideologiekritische Ansätze bezeichnet werden, wobei sie mit ihrem konstruktivistischen Anspruch zugleich über Ideologiekritik hinausgehen. J. Ann Tickner argumentiert in ihrem Buch „Gender in International Relations“ (1992), dass Begriffe wie Macht, Souveränität von Staaten, Sicherheit und internationale Herrschaft bereits im Kern „männliche Konstrukte“ darstellen, die die historisch überlieferten Machtverhältnisse reproduzieren. In ihrer Kritik am neorealistischen Machtbegriff zeigt sie auf, dass der Begriff der Macht traditionelle männliche Attribute des rationalen, strategischen Kalküls, des Machtstrebens und der Konkurrenz, die schon bei Hobbes und Machiavelli begründet wurden, auf Staaten projiziert. Die Annahme, dass Staaten in der anarchischen Welt Sicherheit erhöhen könnten, sei irreführend, da sie zum einen die Gewalt ignoriere, die innerhalb eines Staates ausgeübt wird, wie häusliche Gewalt gegen Frauen oder Vergewaltigung, und zum anderen ein „rationales“ Verhalten von Staaten nach außen hypostasiert.

Wie Tickner (1992) argumentiert, folgt aus diesem Machtbegriff in der Analyse der Außenbeziehungen von Staaten ein zu eng gefasster Sicherheitsbegriff. Realisten und Neorealisten, mit denen sich Tickner befasst, seien nahezu ausschließlich auf militärische und wirtschaftliche Probleme fixiert, während sie andere wichtige Bereiche, wie Umweltprobleme und Weltarmut, ausklammern. Weltpolitisch bedrohliche Konflikte können nach Tickner jedoch nicht bewältigt werden, wenn soziale Hierarchien bestehen bleiben. Konzepte von Macht sollten vielmehr auf einem neuen, *kooperativen Machtverständnis* aufbauen, das den Weg zu einer Neuverteilung von Macht zugunsten einer größeren Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ebnet (redistributiver Machtbegriff). Vor diesem Hintergrund entwickelt Tickner einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der den Schutz vor äußerer Bedrohung mit innerer Sicherheit zusammenführt, denn sie bezweifelt, dass internationale Politik langfristig friedlich gestaltet werden kann, ohne die hierarchischen Beziehungen in der Gesellschaft, die auf geschlechtlich bedingter Über- und Unterordnung basieren, abzubauen („shared power“,

im Gegensatz zur „assertive power“). Der erweiterte Sicherheitsbegriff ist vor allem an globalen Zielen der Friedenserhaltung und der gerechteren, ökologisch verträglichen Weltordnung orientiert. Konzeptionell schließt er neben kollektiven Systemen der Sicherheit wirtschaftliche und ökologische Sicherheit mit ein, sowie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zwischen dem Süden und den nördlichen OECD-Staaten.

Mit der Kritik am Grundparadigma der Macht wird das Feld für eine Reihe weiterer Nachfragen an die Theoriebildung geöffnet. Dazu gehört vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem *Begriff des Staates*. Wie J. Ann Tickner (1996) in einer anderen Studie ausführt, beruht die Souveränität, die der moderne Staat nach außen verkörpert, historisch auf Hierarchisierungs- und Ausgrenzungsmechanismen, insbesondere gegenüber Frauen in der Gesellschaft. Der „Souverän“ war ursprünglich der kaiserliche oder königliche Herrscher. Selbst mit der Einführung der „Volkssouveränität“ als konstitutionalistischem Konzept und der Errichtung moderner Republiken waren Frauen zunächst ausgegrenzt, da ihre politischen Rechte mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zeitverzögert erst im 20. Jahrhundert gewährt wurden. Bis heute wirke der Ausschluss von Frauen aus Kernbereichen der Macht nach, so Tickner, denn in außenpolitischen Entscheidungsgremien in den westlichen Demokratien wie in der übrigen Welt stellen Frauen immer noch eine verschwindend kleine Gruppe dar. In den Vereinigten Staaten waren nach Angaben von Tickner im Jahr 1987 beispielsweise weniger als fünf Prozent der im Auswärtigen Amt (*Foreign Service*) Beschäftigten Frauen, im Verteidigungsministerium weniger als vier Prozent; auch in anderen westlichen Ländern ist der Frauenanteil im außenpolitischen Entscheidungsprozess kaum höher.

Die *Gender-Forschung* hat inzwischen viele zentrale *Problemfelder der Internationalen Beziehungen* bearbeitet. Sicherheits- und entwicklungspolitische Themen, Gewalt gegen Frauen, vor allem in innerstaatlichen „neuen Kriegen“, Migration, Asyl- und Menschenrechte sowie die Auswirkungen der veränderten globalen Wirtschaftsverflechtungen auf Geschlechterbeziehungen sind Gegenstand neuerer Forschungsarbeiten der kritischen *Gender-Forschung*. Angesichts der nach wie vor bestehenden Frauendiskriminierung sind diese Arbeiten häufig auch daran interessiert, globale Konzepte für das *Empowerment* zu entwickeln und sich an der Diskussion um die Verbesserung der Frauensituation zu beteiligen, etwa indem sie die Einhaltung von Menschenrechten genauer untersuchen (vgl. Brandt/Locher/Prügl 2002).

Bereits in den 1980er Jahren stellte *Krieg und Gewalt* ein vieldiskutiertes Thema in der neu entstehenden Frauen- und Geschlechterforschung dar. Unter Zuhilfenahme von Sozialisationstheorien wurde das „System des Unfriedens“, das durch eine patriarchale Dominanzkultur gekennzeichnet war, als Problem der Militarisierung von Gesellschaften ausgemacht. Hieraus ergab sich, vor allem im Kontext der Friedens- und Abrüstungsbewegungen, eine feministisch begründete pazifistische bzw. Anti-Kriegs- Position. Allerdings ließ sich weder die zunächst vertretene These aufrechterhalten, dass Frauen aufgrund ihrer sozialen Rolle als Mütter generell friedfertiger seien, noch konnten empirische Forschungen die These vom Patriarchat als primärer Kriegsursache stützen. Die Friedensforscherin Ruth Seifert hebt in diesem Zusammenhang die Erkenntnis hervor, „dass Frau zu sein nicht alles ist, was frau ist. Geschlechtsidentität wird in verschiedenen geschichtlichen Kontexten nicht übereinstimmend und einheitlich gebildet, sondern überschneidet sich mit rassisch-ethnischen, sexuellen, regionalen und klassenspezifischen Identitäten, die in Fragen kollektiver Gewaltanwendung auch eine Rolle spielen.“ (Seifert 2004: 56) Die neuere *Gender-Forschung* geht davon aus, dass sich kriegerische Konflikte aus multiplen Ursachen ergeben, in denen geschlechtlich

begründete Differenzierungen einen zentralen Platz einnehmen. Damit stellen sich eine Reihe theoretisch und empirisch interessanter Fragen. Inwieweit sind ausgeprägte Geschlechterhierarchien in der Gesellschaft als Kriegsursache anzusehen und inwieweit sind sie Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen? Sind Gesellschaften, in denen stark ausgeprägte Geschlechterhierarchisierungen bestehen, eher für kriegerische Konflikte anfällig? Führen egalitäre Gesellschaften seltener Kriege? Welchen Stellenwert haben Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen in „humanitären Interventionen“ und wo haben die Friedensmissionen anzusetzen?

In den innerstaatlich ausgetragenen *Kriegen* und bei globalen militärischen Konflikten sind Frauen weder nur (obwohl immer häufiger) Opfer, noch sind ihre Probleme und Leiden ausschließlich auf das Frau-sein zurückzuführen. Sie sind vielmehr eingebunden in eine komplexe Matrix von Herrschaft und Gewalt, basierend auf gesellschaftlichen, religiösen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Voraussetzungen, in denen die Geschlechterdimension eine wesentliche Problemebene darstellt. Neuere Rechtssprechungen im Völkerrecht stellen daher Gewalt gegen Frauen (Massenvergewaltigungen) explizit unter Strafe, wie das Beispiel des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gegen die Verantwortlichen im Bosnienkrieg zeigt; dieser Straftatbestand ist erst seit wenigen Jahren im internationalen Recht verankert. Allerdings kann militante Gewalt durchaus auch von Frauen ausgeübt werden (z. B. im Tschetschenienkonflikt, im Nahen Osten, oder bei Befreiungsbewegungen). Schließlich sind auch Männer Opfer von Gewalt- und Gräueltaten im Krieg; hierzu gibt es genügend Beispiele aus jüngeren ethno-nationalen Kriegen (Bosnien) und militanten Konflikten (Kongo, Sudan). Allerdings findet diese sexuelle Gewalt seltener öffentliche Aufmerksamkeit, nicht zuletzt deswegen, weil dadurch das starke Männlichkeitsbild in Kriegssituationen in Zweifel gezogen wird.

Die Friedens- und Konfliktforscherinnen Ruth Stanley und Anja Fest (2007) zeigen in einer neueren Arbeit, wie die Repräsentation von Geschlechtlichkeit auch in den entscheidenden Debatten zur *Legitimierung von Kriegseinsätzen* eine Rolle spielt. Sie wenden sich in ihrem Beitrag zunächst explizit gegen die von einigen feministischen Autorinnen erhobene Behauptung, dass es wesentliches Verdienst der feministischen Forschung sei, Gender-Gewalt gegen Frauen überhaupt erst sichtbar gemacht zu haben. Sie zeigen am Beispiel des Ersten Weltkriegs, dass sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Krieg von jeher ein gängiger Topos in der Kriegspropaganda und der Konstruktion des Feindes war, dessen symbolische Bedeutung vor allem in der Legitimation des Krieges zu sehen ist (Stanley/Fest 2007). Geschlechterstereotype haben, wie die Autorinnen zeigen, auch im Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr eine zentrale Rolle gespielt, indem das Argument, dort Frauenrechte gegen die Taliban-Herrschaft zu verteidigen, in der Bundestagsdebatte vom 22. Dezember 2001 zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr von den politischen Parteien als Begründung für den umstrittenen Militäreinsatz herangezogen wurde. Die symbolische Repräsentation dieses Topos habe jedoch Frauenrechte zur Legitimierung von Kriegshandlungen instrumentalisiert, ein Vorgehen, das die neuere *Gender-Forschung* als politisch problematisch kritisiert. Im Fall von Afghanistan zumindest bleibt die Situation von Frauen auch nach der Beseitigung des Frauen verachtenden Taliban-Regimes weiterhin prekär.

Internationale Organisationen, und hier vor allem die Vereinten Nationen, haben für die Entwicklung der *Gender-Forschung* eine wichtige Rolle gespielt. Mit der ersten großen Frauenkonferenz in Nairobi 1985, die zum Abschluss der Dekade über „Gleichheit -Entwicklung – Frieden“ veranstaltet wurde, erhielten Frauenorganisationen ein neues globales Forum, und

UN-Sonderorganisationen und -programme (z. B. UNIFEM; UNDP) widmeten sich nicht nur der Verbesserung der sozialen und politischen Situation von Frauen, sondern unterstützten auch neue Forschungsmethoden und -ansätze. Der jährlich veröffentlichte „Human Development Report“ enthält seit 1995 Erhebungen von geschlechtsspezifisch differenzierten Daten, zum einen durch die Einführung eines „Gender-related Development Index“ (GDI), der geschlechtsspezifische Entwicklungsindikatoren für die Länder der Welt ausweist (Lebenserwartung, Alphabetisierung; Schulbildung, Einkommen), sowie ein „Gender Empowerment Measurement“ (GEM), welches politische Partizipation und wirtschaftlichen Einfluss von Frauen und Männern misst.¹ Auch der Kampf gegen elementare Menschenrechtsverletzungen, wie die Genitalverstümmelung von Frauen, wurde nun auf internationaler Ebene bekämpft. Im Jahr 1993 verabschiedeten die Vereinten Nationen eine „Declaration on the Elimination of All Forms of Violence Against Women“, und die Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 stellte eine wichtige Plattform für den politischen Dialog über Frauen- und Menschenrechte dar, die nach dem Ende der ideologischen Blockkonfrontation immer stärker ins Zentrum der internationalen Politik rückten.

Die politische Repräsentanz von Frauen in internationalen Organisationen ist immer noch schwächer als die der Männer. Eine erste, systematisch vergleichende internationale Untersuchung über die *politische Repräsentanz* von Frauen weltweit wurde im Rahmen der UN-Frauenkonferenz in Nairobi 1985 von Barbara Nelson/USA und Najma Chowdhury/Bangladesh initiiert. Ihre Studie, in die 43 Länder aus verschiedenen Regionen der Welt einbezogen wurden, zeigt die schwächere institutionelle Vertretung von Frauen, aber auch ihr politisches Engagement in einer Vielzahl von Initiativen und Gruppen auf (Nelson/Chowdhury 1994). Dagegen hat die politische Organisierung von Frauen und die globale Vernetzung von Frauengruppen in NGOs, wie „Terre des Femmes“, WIDE, „Human Rights Watch“ oder „International Federation of University Women“, in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich zugenommen. Viele der Gruppen verstehen sich als „advocacy networks“, d. h. Gruppe, die die Interessen von Frauen anwaltschaftlich vertreten (vgl. Anheier u.a. 2006). Ihr Einfluss auf Normsetzung und politische Veränderung im Rahmen Internationaler Organisationen können inzwischen gut nachgewiesen werden (vgl. Brabandt/Locher/Prügl 2002). Andere theoriegeleitete Untersuchungen analysieren die Handlungsmöglichkeiten von Frauen im Rahmen Internationaler Organisationen wie den VN, um zu zeigen, wie Frauenrechte in internationalen Organisationen durchgesetzt werden können (z. B. Joachim 2007). Die Verbindung der *Gender*-Forschung mit konstruktivistischen und institutionalistischen Ansätzen hat sich dabei für die Theorie der Internationalen Beziehungen als äußerst fruchtbar und richtungweisend erwiesen.

¹ http://hdr.undp.org/statistics/data/pdf/hdr05_table_25.pdf (aufgerufen am 17. Juli 2011)

Übungsfragen zu Kapitel 1: Wissenschaft und Theorien Internationaler Beziehungen

1. Der Begriff der Macht spielt eine zentrale Rolle in Theorien der Internationalen Beziehungen. Wie unterscheiden sich die Machtbegriffe des Neo-Realismus und des Institutionalismus?
2. Die Menschenrechtsnorm ist heute in einer Vielzahl von internationalen Dokumenten verankert. Wie entstehen Normen und Werte in der internationalen Politik? Erläutern Sie diesen Prozess aus der Sicht des Konstruktivismus.
3. Was bedeutet der Begriff Gender? Warum sind Gender-Ansätze in der internationalen Politik wichtig? Zeigen Sie die Bedeutung von Gender am Beispiel von Krieg und Gewalt auf.

Literatur

Anheier, Helmut K./Mary H. Kaldor: *Global Civil Society Yearbook 2006*, Schwerpunkt *Gender and Global Civil Society*, London 2006

Becker-Schmidt, Regina: „Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnisse. Soziale Dimensionen des Begriffs ‚Geschlecht‘“, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, H. 1 und 2 (1993), S. 38f.

Brabandt, Heike, Birgit Locher, Elisabeth Prügl (Hg.): *Normen, Gender und Politikwandel: Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive*, in: *WeltTrends*, Nr. 36, 2002

D’Amico, Francine: „Pluralist and Critical Perspectives“, in: Peter Beckmann/Francine D’Amico (Hg.): *Women, Gender, and World Politics*, Westport and London 1994, S. 57f.

Enloe, Cynthia: *Bananas, Beaches, and Bases. Making Feminist Sense of International Politics*, London 1989

Grant, Rebecca/Kathleen Newland (Hg.): *Gender and International Relations*, London 1991.

Joachim, Jutta M.: *Agenda Setting, the UN, and NGOs. Gender, Violence and Reproductive Rights*, Georgetown University Press, Washington DC 2007

Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie internationaler Beziehungen*, Baden-Baden 2009

Locher, Birgit: „Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, hrsg. v. Friedrich-Ebert Stiftung, H. 1/1997, S. 86–95

Locher, Birgit: „Internationale Normen und regionaler Policy-Wandel: Frauenhandel in der Europäischen Union“, in: *WeltTrends*, Nr. 36/2002, S. 59–80

Nelson, Barbara/Najma Chowdhury (Hg.): *Women and Politics World Wide*, Yale University Press 1994

Seifert, Ruth (Hg.): *Gender, Identität und kriegesischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens*, Münster 2004

Stanley, Ruth/Anja Fest: „Die Repräsentation von sexualisierter und Gender-Gewalt im Krieg: Geschlechterordnung und Militärgewalt“, in: Susanne Krasmann/Jürgen Martschukat (Hg.): *Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, Bielefeld 2007

Stanley, Ruth/Cornelia Ulbert (Hg.): *Frauenrechte gegen organisierte Gewalt*, Leverkusen 2011

Tickner, J. Ann: *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*, New York 1992

Tickner, J. Ann: „Identity in International Relations Theory: Feminist Perspectives“, in: Josef Lapid/Friedrich Kratochwil: *The Return of Culture and Identity in IR Theory*, Boulder Col./London 1996, S. 147–162

Tickner, J. Ann: „Vergeschlechtliche Unsicherheiten. Feministische Perspektiven der Internationalen Beziehungen“, in: Kathrin Braun/Gesine Fuchs/Christiane Lemke/Katrin Töns (Hg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*, München, Wien 2000, S. 368–387

Tickner, J. Ann: „Feminist Perspectives on International Relations“, in: Walter Carlsneas et. al, *Handbook of International Relations*, London 2002, Kap. 14

True, Jacqui: „Feminism“, in: Scott Burchill/Andrew Linklater (Hg.): *Theories of International Relations*, New York: St. Martins Press 1998, S. 210–251

Young, Brigitte: „Globalization und Gender“, in: *Gender and Work in Transition*, hrgs. von Regina Becker-Schmidt, Opladen 2002, S. 49–82

1.6 Zusammenfassender Überblick über die Theorien

Die unterschiedlichen Theorieströmungen und Ansätze lassen sich wie folgt in einem differenzierten Schema zusammenfassen:

Tab. 1.1: Theorien Internationaler Beziehungen

Theorien/ Theoretischer Ansatz	Akteure	Strukturkonzept/ Weltbild	Thematischer Fokus
Realismus Neo-Realismus	Nationalstaaten	Anarchische Struktur der Staatenwelt, Billardkugelmodell	Macht, nationales Interesse, „high politics“; Sicherheit, Krieg, Wirtschaftsinteressen
Liberaler Institutionalismus a) Interdependenz b) Regimetheorie	Institutionen Nationalstaaten, Internationale Organisationen, NGOs	Plurale Struktur, Interdependenz, „Spinnengewebe von Assoziationen“	„High“ u. „low“ politics: Sicherheit, wirtschaftliche Kooperation, Wohlfahrt, Umwelt, Menschenrechte
Globalismus a) Weltsystemtheorie b) Globalisierung	Transnationale Akteure, Multinationale Unternehmen, Global players	Kapitalistischer Weltmarkt, Zentrum – Peripherie	Strukturelle Abhängigkeiten, Konflikte Peripherie – Zentrum, Inklusion und Exklusion
Postmoderne	Individuen, Staaten	Fragmentierte, unstrukturierte Welt	Texte, Dekonstruktion, Gewalt, Macht, Entgrenzung, Exklusion
Konstruktivismus	Politische Eliten, Vielzahl von Akteuren	Welt als soziales Konstrukt	Normen und Regeln, Diskurse, Identitäten, Internat. Organisationen
Gender-Ansätze	Gesellschaftliche und indi- viduelle Akteure, Soziale Bewegungen, NGOs	Vernetzung, Global Governance	Geschlechterbeziehungen, Gender und Gewalt, „low poli- tics“; soziale Verhältnisse; Frauenrechte als Menschen- rechte